



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

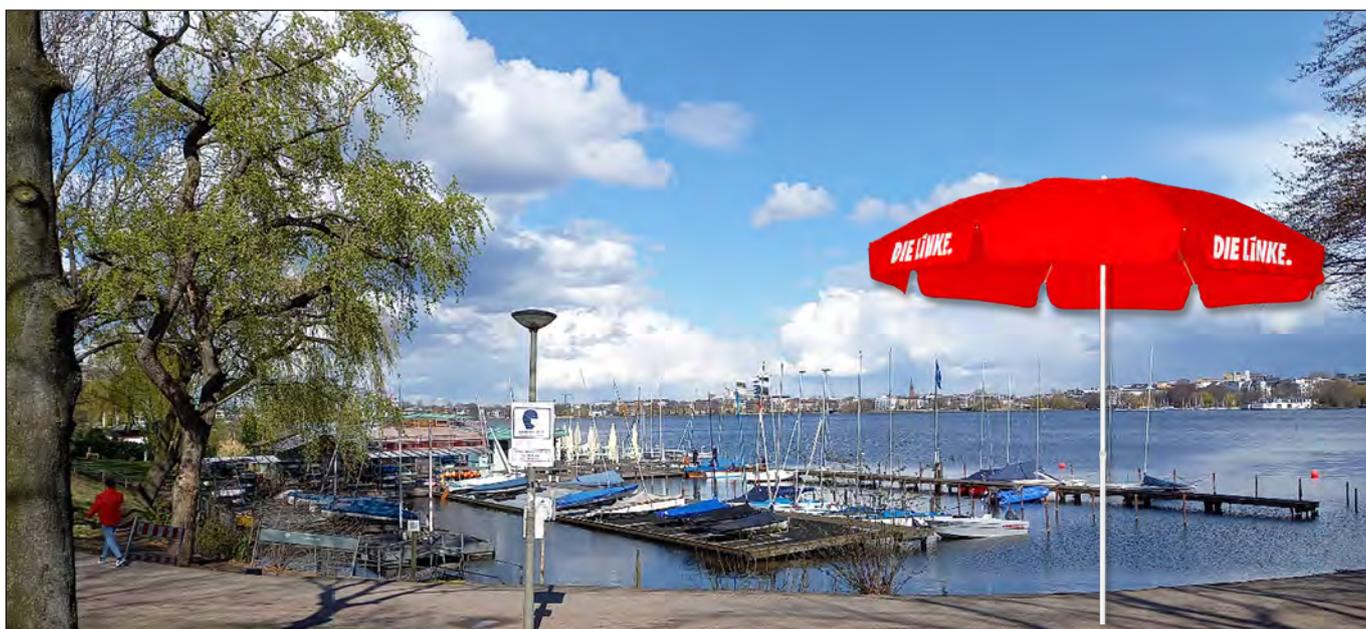
DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

16. Juni 2021

Doppel-Haushalt +++ Mietenstopp! +++ Das kommende Schuljahr +++ Kleiner Schäferkamp-Krimi +++ So geht Stadt!

Liebe Leserinnen und Leser,



Urlaub 2021? Noch etwas einsam ... (Foto Außenalster: M. Joho)

hat da irgendjemand eingehender zur Kenntnis genommen, dass Anfang Juni eminent wichtige Weichen für unsere Stadt gestellt worden sind? Dass mit der coronabedingt späten Verabschiedung des Doppelhaushalts 2021/22 nun klar ist, wofür in diesen beiden Jahren fast 36 Milliarden Euro ausgegeben werden sollen? Und wofür nicht?

Nicht, dass sich diese irgendwie von den Haushaltsdebatten der letzten 12, 13 Jahre unterschieden hätte, aber es zerrt schon an unseren Nerven, dass sämtliche, vielfach aufwändig erarbeiteten und mit anderen Akteur:innen abgesprochenen 56 Anträge ratzfatz niedergestimmt wurden, ohne auch nur in einem Fall in einem Ausschuss wenigstens diskutiert zu werden.

Naja, Jammern in der Fraktion ist das eine, viel wichtiger ist natürlich, welche Themen vernachlässigt wurden, welche Chancen eine andere Schwerpunktsetzung im Haushalt gehabt hätte, was dann mehr für die Bürger:innen, vor allem für die mit kleinerem Portemonnaie, herausgesprungen wäre. Eines ist klar, zumindest ist das unsere Sicht auf den schwer durchschaubaren Gesamthaushalt und die ebenso komplexen Einzelpläne: Ein Etat, der deutliche Akzente gegen die zu-

nehmend aufgehende Arm-Reich-Schere setzt, ein solcher ist der Doppelhaushalt 2021/22 ohne Zweifel nicht.

Dabei liegt dieses Thema auf der Hand wie kaum ein anderes. Und wir erfahren davon quasi täglich in der Zeitung, nur warum werden so wenig Konsequenzen gezogen, warum, ganz konkret, nicht mehr Steuerprüfer:innen eingestellt? Der Sender NTV meldete am 18. Mai, dass es 2017 fast 24.700 Einkommensmillionäre gab, »besonders viele« in Hamburg: »Dort hatten von zehntausend Einkommenssteuerpflichtigen zwölf mehr als eine Million Einkünfte.«¹

Wir glauben ja nicht, dass es ganz so schlimm ist wie in den USA, über die wir erst vor wenigen Tagen wieder staunten, als im »Hamburger Abendblatt« am 10. Juni zu lesen war, dass z.B. Amazon-Gründer Jeff Bezos auf seine milliarden-schweren Einkommen 2014/18 eine echte Steuerquote von lächerlichen 0,98% erfuhr.² Bezos hatte sich schon 2011 »so

¹ www.n-tv.de/wirtschaft/Fast-25-000-deutsche-Einkommensmillionaere-article22561319.html

² www.abendblatt.de/vermischtes/article232488987/usa-bezos-musk-zuckerberg-superreiche-steuern.html

arm gerechnet, dass er sogar 4.000 Dollar Steuergutschrift für seine Kinder erhielt« (Mopo online, 9.6.2021).³ Ein bisschen mehr an Steuern dürften Hamburgs Reiche schon entrichten (wir reden hier nur vom legalen Teil, also nicht von den Cayman-Inseln). Aber besonders genau schauen die Hamburger Finanzämter auch nicht hin, wie wir schon in einer Pressemitteilung der Linksfraktion am 10. Juni 2020 festhielten: »Statistisch müssen die Einkommensmillionäre in Hamburg nur alle 43 Jahre mit einer Steueraußenprüfung rechnen – in Hessen alle 5,5 Jahre. Würde die Stadt mit einigen wenigen zusätzlichen Steuerprüfer:innen alle prüfen, könnte sie hunderte Millionen Euro mehr an fälligen Steuern einziehen.«⁴

Vor diesem Hintergrund sei auch noch einmal ein Blick auf die Durchschnittswerte geworfen, bei denen viele Bürger:innen regelmäßig ins Grübeln kommen, wie das angehen kann. Beispielsweise als das »Hamburger Abendblatt« am 4. Juni titelte, »Hamburgs Seniorenhaushalte besitzen im Schnitt 236.384 Euro Vermögen«.⁵ Im Schnitt! Da muss es also welche geben, die um ein Vielfaches mehr haben als diejenigen, die sich mit ihrer geringen Rente und möglicherweise noch

Transferleistungen halbwegs über Wasser halten. Aber machen wir's nicht gerade an den Senior:innen fest. Und verweisen da vielmehr auf Bert Brecht, der 1934 im Exil dieses fast schon geflügelte Wort notierte: »Reicher Mann und armer Mann/standen da und sah'n sich an./Da sagt der Arme bleich:/Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.«

Was bleibt? Ein etwas umfangreicherer »Bürger:innenbrief« und der Hinweis, dass wir uns mit der nächsten Ausgabe erst wieder im August melden. Bis dahin wünschen wir allen Leserinnen und Lesern sonnige Wochen und allen, die es sich »erlauben« oder »leisten« können, endlich ein paar Tage Urlaub außerhalb der eigenen vier Wände.

*Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus
Hanno Plass und Michael Joho*

³ www.mopo.de/news/politik-wirtschaft/so-dreist-rechnen-sich-die-superreichen-arm/

⁴ www.die-linke-hamburg.de/presse/pressemitteilungen/detail/news/einkommensmillionaer-innen-stadt-laesst-faellige-steuern-liegen/

⁵ www.abendblatt.de/wirtschaft/article232448077/Senioren-Hamburg-Vermoeen-Immobilien-Ersparthes-Versicherungen-Geld.html

Mut, die öffentlichen Aufgaben anzugehen!

Cansu Özdemirs Grundsatzrede zur Haushaltsdebatte in der Bürgerschaft am 1. Juni 2021



Foto: Linksfraktion

Die Herausforderung ist groß. Die **Corona-Pandemie** hat die bereits vorhandene soziale Ungleichheit und Armut verschärft. Sie hat die Krise der gesellschaftlichen und sozialen Infrastruktur, Personalmangel und Dauerstress offengelegt. Um diese Krisen und Defizite zu überwinden, braucht es Mut, die öffentlichen Aufgaben anzugehen. Es braucht ein klares Bekenntnis für eine starke soziale Infrastruktur und den Kampf gegen die soziale Ungerechtigkeit – und eine Abkehr vom Sparhammer im sozialen Bereich hin zu den notwendigen Investitionen. Anstatt jetzt Schulden- und Personalbremsen zu beschwören, wollen wir LINKE den vorhandenen Reichtum endlich gerecht besteuern und investieren.

Oft heißt es: Wir sitzen alle in einem Boot, wenn es um Corona geht. Doch das stimmt nicht. Wer beengt lebt und arbeiten muss, ist gefährdeter. Und was die Folgen der Pandemie angeht, befinden wir uns wahrlich nicht in einem Boot. Einige sitzen da eher in einer Yacht, während andere sich mühsam an ihr Floß festklammern. Einige profitieren sogar von der Pandemie – auch mit Unterstützung der Bundesregierung. Andere, vor allem diejenigen, die es auch ohne Virus schon schwer hatten, müssen jetzt noch mehr kämpfen.

Cansu Özdemir ist Co-Vorsitzende der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Arme Menschen wurden von der Krise am härtesten getroffen, aber am wenigsten unterstützt. Geringverdienende, Hartz-IV-Beziehende, Wohnungs- und Obdachlose, Alleinerziehende, Menschen in großer Existenznot, Menschen mit Behinderung, von Altersarmut Betroffene, Solo-Selbstständige, Kulturschaffende, Kleingewerbetreibende. Ihre Hilferufe wurden von der Koalition ignoriert. Bis zum heutigen Tag gab es kaum irgendeine Hilfe für Leistungsbeziehende, um die gestiegenen Kosten mit aufzufangen. Eine Einmalzahlung von 150 Euro ist ein Witz. Schon vor Corona waren 15% aller Hamburger:innen von Armut bedroht, rechnet man die hohen Lebenshaltungskosten mit ein, sind es sogar 18%.

Die Koalition hat das Thema Armut in der Krise weitestgehend ausgeblendet und sie hat mit dem vorliegenden Haushaltsplan gezeigt, dass soziale und kulturelle Teilhabe weiterhin eine Frage des Geldbeutels bleibt. Für uns LINKE darf soziale und kulturelle Teilhabe nicht vom Einkommen abhängen.

Berlin und Bremen haben dafür einen Teilhabe-Pass eingeführt, der den vergünstigten Zugang zu Kultur-, Bildungs-, Sport- und Freizeitangeboten ermöglicht. Das sollte auch Vorbild für Hamburg sein. Deswegen fordern wir einen Hamburg-Pass. Davon würden mehr als 250.000 Leistungsbeziehende profitieren, davon fast 70.000 **Kinder und Jugendliche**.

Für Kinder ist die Zeit der Pandemie besonders schwer. Für Kinder, die von Armut betroffen sind, bedeutete die Zeit eine unfassbare Härte. Quarantäne auf engstem Raum, noch weniger finanzielle Mittel und noch größere Existenzängste der Eltern. Es ist ein Skandal, dass immer noch Kinder in Armut aufwachsen müssen. Wir LINKE wollen die Kinderarmut bekämpfen und die Familien entlasten. Deshalb fordern wir den Ausbau des »guten Ganztags« und ein kostenloses Kita-Frühstück für alle Kinder.

Immer noch bescheinigt jede Bildungsstudie die Abhängigkeit von Herkunft und Bildungserfolg, immer noch sind die Aufgaben von Inklusion und Integration ungleich auf die Schulformen Stadtteilschule und Gymnasium verteilt, immer noch bildet unser Schulsystem die krasse soziale Spaltung unserer Stadt ab und verfestigt sie zudem noch, immer noch werden die Lehrkräfte in ihren stetig anwachsenden Aufgaben nicht ausreichend unterstützt. Deshalb wollen wir mit unserem Antrag den Lehrkräften mehr Zeit und Spielräume verschaffen, damit sie die dringend benötigte Zuwendung und Förderung für viele Schülerinnen und Schüler gut leisten können, auch und gerade vor dem Hintergrund der eklatanten Folgen der Pandemie.

Unsere Kinder und Jugendlichen brauchen dringend mehr Zeit, Zuwendung und Förderung, auch und gerade vor dem Hintergrund der eklatanten Folgen der Pandemie. Deswegen muss der Rot-Grüne Senat unsere Schulen sehr viel besser ausstatten, um wirklich allen jungen Menschen gerechte und gleiche Start- und Bildungschancen zu geben!

Auch die Hochschulen haben finanzielle Defizite, die der Senat nicht anerkennt. Es ist schockierend, dass die zweite Bürgermeisterin sich nach wie vor weigert, die finanziellen De-



Plakafoto: Michael Joho

fizite der Hochschulen anzuerkennen. Nach Jahren der Unterfinanzierung zwingt der Senat die Hochschulen zu massiven Einsparungen. Wir LINKE fordern dagegen eine ausreichende Grundfinanzierung, einen Ausbau der sozialen Infrastruktur an den Hochschulen und neue Qualitätskriterien wie »Gute Arbeit« und »Gute Lehre« für die nächsten Haushaltsplanungen.

Seit Beginn der Pandemie ist die **Arbeitslosigkeit** in Hamburg um rund 30% und die Langzeitarbeitslosigkeit sogar um 60%, auf nunmehr rund 30.000 Menschen gestiegen.

Fast 150.000 Hamburger:innen sind arbeitssuchend gemeldet. Beinahe 100.000 davon sind auf die Grundsicherung für Arbeitssuchende, also Hartz IV, angewiesen. Zuletzt waren weitere 100.000 in Kurzarbeit, 15,7% aller Minijobs sind weggefallen (liegt über dem Bundesdurchschnitt). Das sind nicht nur Zahlen, das sind katastrophale Entwicklungen für die Betroffenen.

Wir fordern für alle arbeitssuchenden Hamburger:innen eine Perspektive für Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb brauchen wir eine Investition von 120.000.000 Euro **jährlich in die qualifizierende Weiter- und Ausbildung, in digitale Ausstattung für Weiterbildungsträger und Teilnehmer:innen sowie in zusätzliche Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose**. Wir LINKE wollen einen sozialen Arbeitsmarkt, der nicht dem Hartz-IV-Regiment unterworfen ist.

Es bleibt ein Skandal, dass sich selbst Beschäftigte der Stadt häufig nicht mehr die Mieten in dieser Stadt leisten können. Wir fordern einen städtischen Mindestlohn von 13,- Euro, auch in den öffentlichen Unternehmen und in der öffentlichen Vergabe.

Und auch beim Thema **Mieten** zeigt sich wieder, wer die Verlierer:innen- und wer die Gewinner:innen sind. Die Mieten in Hamburg explodieren seit Jahren, und es nimmt kein Ende. Seit die SPD regiert, sind die Mieten stärker gestiegen als die Einkommen. Innerhalb von zehn Jahren ist eine 70 qm-Wohnung um 100 Euro teurer geworden, pro Monat. Immobilienkonzerne machen riesige Gewinne, Lohnabhängige und kleine Selbstständige zahlen den größten Anteil ihres Einkommens für ihre Miete. Das spaltet die Stadt und ist keine soziale Politik! Wann sieht der Senat endlich ein, dass »Bauen, Bauen, Bauen« nicht zu günstigen Mieten führt, wenn mehr als zwei Drittel der Neubauten hochpreisig sind. Über 400.000 Haushalte könnten in Hamburg aufgrund ihres Einkommens eine geförderte Wohnung beanspruchen. Die 80.000 vorhandenen Sozialwohnungen sind definitiv zu wenig. Und auch die gut 200.000 anderen günstigen Wohnungen bei der SAGA und den Genossenschaften decken den Bedarf nicht.

Um die ausufernden Mieten auf dem privaten Wohnungsmarkt einzudämmen, muss sich Hamburg für einen bundesweiten Mietendeckel stark machen!

Gesicherte Wohnverhältnisse sind ein Recht und dürfen nicht vor wohnungslosen Frauen und ihren Kindern, vor obdachlosen Menschen und Geflüchteten halt machen.

Gehen Sie in die Offensive, nehmen Sie wieder Verantwortung wahr und schaffen Sie endlich bezahlbaren Wohnraum. Wir fordern eine Verdoppelung des sozialen Wohnungsbaus. Und es muss gelten: einmal sozial, immer sozial! Aktuell fallen mehr Sozialwohnungen aus der sozialen Bindung, als neu errichtet werden. Der städtische Grund und Boden muss im Besitz der Stadt verbleiben und nur im Erbaurechtsverfahren vergeben werden, um die Gestaltungsfähigkeit der Politik zu erhalten.¹



Plakaffoto: Michael Joho

Armut und höheres Krankheitsrisiko sind zwei Seiten derselben Medaille. Geringes Einkommen, beengte Wohnverhältnisse und auch Diskriminierungserfahrungen machen krank und führen im Schnitt zu einer kürzeren Lebensdauer. Der Morbiditätsatlas belegt, wie ungleich die Chancen auf ein gesundes Leben in unserer Stadt verteilt sind. Und in der Corona-Pandemie hatten Menschen in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen ein höheres Infektions- und Sterberisiko. Das Problem wird zusätzlich verschärft durch geringe Arztdichte in sozial benachteiligten Stadtteilen. Umso wichtiger ist es, die massive Ungleichheit in der Gesundheitsversorgung und den Ärzt:innenmangel zu überwinden.

Wir LINKE fordern stärkere Investitionen in Gesundheitszentren in strukturell benachteiligten Stadtteilen, in denen Patient:innen medizinische, psychologische, pflegerische und soziale Beratung in Anspruch nehmen können. Nur so kann eine problemorientierte und ganzheitliche Versorgung, die soziale Faktoren in den Blick nimmt, sichergestellt werden.

In der Pandemie wurde die herausragende, lebensnotwendige Bedeutung des öffentlichen Gesundheitsdienstes sehr deutlich. Die konsequente Nachverfolgung und Eindämmung von Infektionsketten ist für eine effektive Pandemiebekämpfung unerlässlich. Es hat sich bitter gerächt, dass der öffentliche Gesundheitsdienst jahrelang kaputtgespart wurde. Die irrierte Annahme, dass gute Gesundheitspolitik darin bestehe, dass der Staat sich immer weiter aus der Daseinsvorsorge zurückzieht und alles den Marktkräften überlässt, muss endlich überwunden werden.

Die Pandemie ist noch nicht überwunden und es wird sehr wahrscheinlich nicht die letzte Pandemie sein. Der öffentliche Gesundheitsdienst als integraler Bestandteil einer umfassenden Gesundheitsversorgung darf in Zukunft nicht wieder Sparzwängen unterliegen. Deshalb darf der Senat sich nicht nur auf Bundesmitteln ausruhen, sondern muss mit kräftigen Investitionen in Personal und technische Ausstattung den öffentlichen Gesundheitsdienst dauerhaft stärken. Zudem zeigt die Pandemie wie unter einem Brennglas die Schwächen eines profitorientierten Gesundheitssystems. Kostendruck und Renditeorientierung verhindern das Vorhalten von ausreichend Personal, Schutzausrüstung und Beatmungsgeräten. Daher muss die zentrale Lehre aus der Pandemie lauten, dass Krankenhäuser in den öffentlichen Besitz gehören und gemeinwohlorientiert arbeiten müssen. Und als ersten Schritt dahin fordern wir Sie auf: Lassen Sie Groß Sand nicht das Renditeobjekt von privaten Investoren werden. Machen Sie endlich den Weg frei für die Übernahme durch das städtische UKE.

Wer arm ist, ist auch im Bereich der **Mobilität** ausgeschlossen. Die Preise für den HVV steigen Jahr für Jahr, arme Stadtteile wie Steilshoop und der Osdorfer Born sind immer noch schlecht angebunden.

Die Verkehrswende ist ein zentraler Baustein für die Bekämpfung der Klimakrise. Um die Menschen vom Auto wegzubekommen, brauchen wir mehr Busse und Bahnen. Mit unserer linken Investitionsoffensive schaffen wir eine zweite

¹ Die Anträge der Linksfraktion zu den Bereichen Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik finden sich hier: <https://heikesudmann.net/>

Elbquerung auf der Schiene für den Hamburger Süden und steigen wieder in die Stadtbahn ein.

Mit dem 365-Euro-Ticket als ersten Schritt machen wir den ÖPNV günstiger für alle, dem folgt mittelfristig die kostenlose Nutzung. Wir LINKE wollen eine Stadt, in der der Umweltverbund aus Fuß, Rad, Bus und Bahn den motorisierten Individualverkehr als Hauptverkehrsmittel ablöst.

Die Klimakrise ist die große Herausforderung der nächsten zehn Jahre. Auch diese wird nicht durch den Markt gelöst. Unbestritten sind große Investitionen in die Dekarbonisierung und die Verkehrswende notwendig. Viele werden öffentlich sein müssen. Und diese große Transformation kann nur mit kräftiger sozialer Unterstützung gelingen. Diese Zukunftsaufgabe unter das Diktat der Schuldenbremse zu stellen, ist eine Schande gegenüber den nachfolgenden Generationen.

Ja, wir LINKE wollen viel Geld für die Stadt, für die Hamburgerinnen und Hamburger ausgeben. Hamburg braucht Zukunftsinvestitionen. Hier geht es auch um die Frage der **Generationengerechtigkeit**. Es bringt den nachfolgenden Generationen nichts, wenn wir ihnen zwar nur geringe Schulden, dafür aber eine marode Infrastruktur sowie eine sozial zutiefst gespaltene und von der Klimakrise zerrüttete Gesellschaft überlassen. Selbst die klassischen Infrastrukturmaßnahmen werden vom Senat nicht erledigt. Der Senat fährt auf Verschleiß und verweigert sich weiteren Investitionen in den Ausbau und die Gestaltung öffentlicher Räume in den Stadtteilen. Die Stadtteilzentren und die kleinen Geschäfte verö-

den stärker. Die Kunst- und Kulturszene leidet unter der Krise stärker als zuvor. Schulen und Verwaltungen hinken in Sachen IT-Infrastruktur immer noch hinterher. Wer ökonomisch kluge, ökologisch notwendige und sozial ausgewogene Investitionen aufgrund der Schuldenbremse verhindert, versündigt sich an der Zukunft der Stadt. Die **Schuldenbremse** muss weg!

Stattdessen muss Hamburg für die Wiedererhebung der **Vermögenssteuer** eintreten. Eine Vermögenssteuer würde dem Hamburgischen Haushalt mindestens 1,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen pro Jahr bringen. Die Mehrheit der Bevölkerung will es, eine Mehrheit für solch eine Besteuerung im Bund ist in greifbarer Nähe. Gleichzeitig kann Hamburg ca. 250 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr einnehmen, wenn die Grunderwerbsteuer von derzeit 4,5% auf das Niveau unserer Nachbar:innen von 6% angehoben würde.

Eine starke Demokratie zeichnet sich durch die **Teilhabe aller Bürger:innen** aus. Teilhabe darf kein Luxus sein und darf nicht eine Frage des Geldbeutels oder der Herkunft sein. Teilhabe ist ein Recht und für dieses Recht kämpfen wir und stehen wir als Linksfraktion!

Mit unseren Haushaltsanträgen schaffen wir eine Stadt, die niemanden ausschließt, weil er oder sie arm ist. Eine Stadt, die Konsequenzen aus der Klimabedrohung zieht. Eine Stadt, die mit ihren Investitionen die Konjunktur ankurbelt. Eine Stadt, in der es sich gut arbeiten und leben lässt. Deshalb: Stimmen Sie unseren Anträgen zu!

Doppelhaushalt der verpassten Chancen

Ein Nachruf in tiefer Trauer von Sabine Boeddinghaus, Co-Vorsitzende der Linksfraktion



Foto: Hamburgische Bürgerschaft/Haushaltsplan: www.hamburg.de

Nach dreitägiger Beratung in der Bürgerschaft ist am Donnerstagabend (3. Juni) mit den Stimmen der SPD und GRÜNEN der Doppelhaushalt für die Jahre 2021 und 2022 beschlossen worden.

Das geschah aufgrund der Pandemie mit sechsmonatiger Verzögerung. Sein Gesamtvolumen beträgt 35,7 Milliarden Euro, für das laufende Jahr sind das 18,1 und für das nächste 17,6 Milliarden Euro.

Vorausgegangen sind viele Wochen des intensiven Studiums der Einzelpläne (Haushaltsplanentwürfe der einzelnen Fachbehörden), deren Beratungen in den entsprechenden Fachausschüssen und anschließend in mehreren Runden im zuständigen Haushaltsausschuss.

Das Ergebnis dieser politisch fachlichen Auseinandersetzungen kann sich meiner Meinung nach für unsere Fraktion sehen lassen: ein Leitantrag mit unseren politischen Leit-



Plakafoto: Michael Joho

linien und Finanzierungsvorschlägen und 55 Zusatzanträge aus allen Fachbereichen!¹

Und um es gleich vorweg zu sagen, ALLE wurden alleamt abgelehnt, KEIN EINZIGER fand seinen Weg zur weiteren Beratung und Diskussion in einen Ausschuss! Das zeugt für mich von einem absolut fehlenden Demokratieverständnis und spiegelt nicht das anfängliche rot-grüne Versprechen wider, sorgfältig mit ihrer Zweidrittel-Mehrheit umgehen zu wollen.

Wenn mensch bedenkt, dass unsere 13 Abgeordneten zusammen mit ihren Mitarbeiter:innen und unseren Fachreferent:innen unsere Anträge selbstverständlich in enger Absprache und Rückkoppelung mit den Bündnispartner:innen aus den jeweiligen Arbeitsbereichen entwickelt haben, gilt diese beeindruckende rot-grüne Respektlosigkeit gegenüber unseren Anträgen auch den betroffenen Einrichtungen, Vereinen, Organisationen und Institutionen in unserer Stadt.

Zentrales (Totschlag-)Argument der Regierungsfractionen gegen unsere Anträge ist der Anwurf, DIE LINKE lebe im Schlaraffenland und hätte sich aus dem realistischen (fiskalischen) Diskurs verabschiedet. Warum? Weil wir unsere politischen Forderungen auf einer anderen Finanz- und Steuerpolitik gründen: Die Bausteine sind eine faire Umverteilung unseres Reichtums von Oben nach Unten, eine Wiederbelebung der Vermögenssteuer, die für Hamburg allein jährlich rund 1,5 Milliarden Euro erbringen würde, und eine einmalige Vermögensabgabe zur Kompensation der Corona-Milliarden, für deren Tilgung selbstverständlich die Reichen und Superreichen mit ihren immensen Vermögen in die Verantwortung genommen werden müssen. Und grundsätzlicher Dissens ist unsere Ablehnung der Schuldenbremse, deren Auswirkungen notwendige Investitionen in eine sozial gerechte öffentliche Daseinsvorsorge bremsen, weshalb DIE LINKE sie seit ihrer Festschreibung im Grundgesetz und in der Hamburgischen Verfassung entschieden und konsequent bekämpft.

Vor diesem Hintergrund bescheinigen wir den Regierungsfractionen Mutlosigkeit und ein unverantwortliches Schönreden der bestehenden Probleme und Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht erst durch die Pandemie, aber

durch sie noch mal um ein Vielfaches potenziert. Schönreden im wahrsten Sinne des Wortes! In wie vielen ihrer Reden beschworen die Abgeordneten von SPD und GRÜNEN die Solidarität und den Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft, leider ohne konkrete Schlussfolgerungen!

Ich habe es in unserer Pressemitteilung so kommentiert: »Drei Tage lang haben wir aus dem Regierungslager ganz viel von Zusammenhalt und Solidarität gehört. Doch der heute von Rot-Grün beschlossene Haushalt ist geprägt von Desinteresse an den wirklich großen Aufgaben wie der Bekämpfung der wachsenden Armut und sozialen Spaltung unserer Stadt. Und er ist mutlos, wagt sich nicht an eine faire Umverteilung unseres Reichtums für bessere Lebens-, Lern- und Arbeitsbedingungen. Rot-Grün hatte die Schere schon im Kopf – denn vom Prinzip der Schuldenbremse ist die Koalition nicht abgerückt. Und ab 2023 beschert die der Stadt dann einen beispiellosen Sparhammer.«

SPD und GRÜNE machen in Wahrheit nichts anders, als die Bedarfe nach dem Deckel zu definieren, der auf dem Haushaltstopf liegt, und nicht die notwendigen Ressourcen zu erbringen, die dringend notwendig sind, um die Klimakatastrophe zu verhindern, um der Bildungsungerechtigkeit wirklich entschieden entgegenzutreten, um die Armut und Arbeitslosigkeit wirklich zu bekämpfen, um unseren Kindern und Jugendlichen wirklich bestmögliche Chancen zu eröffnen, um Arbeit wirklich gut und gerecht zu entlohnen, um den Älteren wirklich eine Rente in Würde zu sichern, um wirklich eine gute und verlässliche Gesundheitsversorgung für ALLE in öffentlicher Hand zu sichern, um wirklich allen, die sie brauchen, eine leistbare Wohnung zur Verfügung zu stellen, um die für das Klima bitter nötige Mobilitäts- und Verkehrswende wirklich einzuleiten, um Teilhabe und Mitsprache für alle Menschen wirklich abzusichern, um ...

Weil dies alles nur sehr halbherzig und unzureichend geschieht, traure ich um die verpassten Chancen und Möglichkeiten, Politik wirklich im Sinne der Vielen und nicht der Wenigen zu gestalten!

¹ Hier der Link zu unserem Leitantrag zum Doppelhaushalt 2021/22: www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/75970/haushaltsplan_entwurf_2021_2022_hamburg_gerechter_solidarisch_aus_der_krise.pdf

Abbildung: <https://heikesudmann.net/>

Mietenstopp!

Denn dein Zuhause steht auf dem Spiel – zum Aktionstag eines breiten Bündnisses am 19. Juni



Hintergrund: Gebäude in Altona-Nord/Vitavia/wikipedia/ (CC BY-SA 4.0), Kampagnenmaterial, bestellbar auf mietenstopp.de

So lautet das Motto des bundesweiten Aktionstages Mietenstopp am **Samstag, den 19. Juni**. Ausgehend von einer Münchener Initiative hat sich mittlerweile ein breites Bündnis zusammengesetzt (darunter der Deutsche Mieterbund, der DGB und der Paritätische), das sich insbesondere für einen sechsjährigen Mietenstopp einsetzt. Näheres ist einem sechsseitigen Positionspapier zu entnehmen (https://mietenstopp.de/wp-content/uploads/2021/02/MS_Position_1902.pdf). Nach dem vorerst in Berlin gescheiterten Mietendeckel (mit der Möglichkeit, überhöhte Mieten auch abzusenken) ist die Forderung nach einem Mietenstopp sicher eine unterstützenswerte Forderung. Ebenfalls der dritte Baustein nach »bezahlbaren Mietwohnungen«; dem allerdings die allzu sozialdemokratische Überschrift »Bauen, bauen, bauen« zu geben, scheint eher fragwürdig. Die drei Hauptforderungen hier noch einmal »am Stück« (<https://mietenstopp.de/forderung-bundesregierung-mietenstopp/3-zentrale-bausteine-so-soll-der-mietenstopp-aussehen/>):

1. Mieten einfrieren: Bundesweit für sechs Jahre

Die Mieten sollen auf dem jetzigen Stand flächendeckend und bundesweit für sechs Jahre eingefroren werden. Auch bei Wiedervermietungen braucht es strikte Oberwerte. Die Überforderung mit bislang überhöhten Mieten muss ein Ende haben. Im Klartext: Keine Mieterhöhungen mehr! Das gilt auch für Staffel- und Indexmieten.

2. Fairmieter*innen unterstützen: Ausnahmen mit Oberwerten

Damit faire Vermieter*innen wie etwa viele Genossenschaften und private Vermieter*innen nicht in Bedrängnis kommen, soll ihnen eine maximale Mietsteigerung von 2% jährlich erlaubt sein. Dies, insoweit die bislang gezahlte Miete bestimmte Überwerte nicht übersteigt.

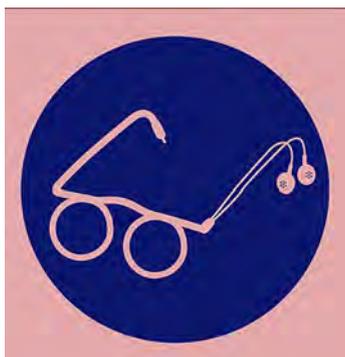
3. Bauen, bauen, bauen: Bezahlbare Mietwohnungen statt Luxus

Neubau ist ausgenommen, damit weiter dringend benötigter Wohnraum geschaffen wird. Klar sein muss aber auch: Niemand braucht weitere Luxuswohnungen. Neubau hilft nur, wenn bezahlbare Mietwohnungen entstehen!

Auch der **DGB Hamburg** ruft auf zur Beteiligung an diesem bundesweiten Aktionstag. Am besagten **Samstag, den 19. Juni**, führt er unter dem wunderbaren Doppel-Slogan **Kein Abstrampeln für die Miete! Strampeln gegen den Mietenwahn!** eine **Fahrraddemonstration** durch. Um 10.00 Uhr gibt es zunächst eine Auftaktkundgebung vor dem Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof, danach geht es per Rad über etwa zehn Kilometer zum Einkaufszentrum Steilshoop (Schreyerring), wo gegen 11.15 Uhr die Abschlussveranstaltung beginnt. »Viele Menschen fürchten, ihr Zuhause zu verlieren«, so die Ausführungen des DGB Hamburg (<https://hamburg.dgb.de/++co++cf8aaf3c-c9d5-11eb-8c2d-001a4a160123>). »Die Mieten steigen – wenn auch nicht ganz so stark wie in anderen Städten aufgrund des Hamburger Wohnungsbaus. Auch die Corona-Pandemie hat die Mietpreissteigerungen nicht gebremst, während viele Menschen mit Einkommensverlusten klarkommen müssen. Die Steigerungen betreffen nicht mehr nur Hamburg, sondern erreichen ebenfalls die Metropolregion. Der Hamburger Stadtteil Steilshoop steht symbolisch für einen Wohnungsmarkt, der immer mehr durch Großkonzerne und Investoren wie Vonovia gesteuert und gestaltet wird, jedoch nicht von oder im Sinne der Mieter*innen. Wohnen ist ein Menschenrecht und kein Spekulationsgut. Wir brauchen einen Kurswechsel! Deswegen fordern wir: Bundesweiter Mietenstopp – jetzt!

Tipps und Termine

Wer sich mit den **bildungspolitischen Positionen der LINKEN** auseinandersetzen möchte, kann nicht zuletzt auf die umfangreichen Angebote und Themenpapiere unserer Fraktion im Deutschen Bundestag zurückgreifen (zu finden hier: www.die-linke.de/themen/bildung/). Und wer Bedarf nach spezielleren Daten, Informationen, parlamentarischen Anfragen und Reden, Publikationen oder Pressemitteilungen hat, findet alles hier: www.linksfraktion.de/suche/ – übrigens **auch zu allen anderen Feldern der (Parlaments-) Politik**.



Bildung in Rosa heißt eine neue **Podcast-Reihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung** (RLS). Es geht im monatlichen Rhythmus »um Hoffnungen, Träume, Visionen, Erwartungen und Entwicklungen in Bezug auf Bildung. Wir erforschen gemeinsam, wie wir inklusiver Bildung einen Schritt näherkommen können. Dabei lassen wir auch mögliche Widersprüche zu.« In jeder dieser Podcast-Folgen haben die beiden Initiatorinnen Songül Bitiş und Nina Borst unterschiedliche Gäste, »die ihre Perspektiven auf eine Bildung teilen, die nicht ausschließt, sondern einbezieht. Wir wollen von unseren Gästen wissen, was das Thema mit ihnen persönlich zu tun hat. Warum es sich lohnt, für Bildung für alle zu kämpfen, zu streiten, zu werben und sich einzusetzen. Wir sehen durch die rosa Brille eine diskriminierungskritische, empowernde, partizipative Haltung, die jedes Individuum in den Blick nimmt.«

In der **ersten, am 10. Juni gestarteten Folge** geht es um **Bildungsungleichheiten revisited**. Über die Entwicklung in Sachen Bildungsgerechtigkeit im vergangenen Jahrzehnt sprechen Katrin Reimer-Gordinskaya, Kritische Psychologin, und Koray Yılmaz-Günay, Bildner, Publizist und Aktivist. Weiter geht's hier: www.rosalux.de/bildunginrosa#pk_campaign=adb.

Und wo wir gerade bei Webangeboten der LINKEN sind, da sei doch auch noch auf die verschiedenen Newsletter verwiesen. Beispielsweise den **Newsletter zur Kommunalpolitik**. Er wird in unregelmäßigen Abständen verschickt und ermöglicht auch den Zugriff auf das Archiv älterer Ausgaben und die große Kommunaldatenbank. Mehr unter www.die-linke.de/themen/kommunalpolitik/kommunal-newsletter/.

Die neue **Común** Numero 5 ist erschienen. Das Magazin aus dem Umfeld der bundesdeutschen Recht-auf-Stadt-Gruppen umfasst 60 Seiten und hat dieses Mal den Schwerpunkt **Denkmäler stürzen, Denkmäler bauen**. Im Mittelpunkt steht die Erinnerungspolitik in den Städten, die auch in Hamburg in den letzten Jahren entbrannt ist. Das einzelne Heft kostet 7 Euro (bei einer größeren Anzahl von Exemplaren gibt es Rabatt) und kann per E-Mail an info@comun-magazin.de bestellt oder auch in der Buchhandlung im Schanzenviertel (Schulterblatt 55) erworben werden. Wer vorab ins Inhaltsverzeichnis schauen möchte: <https://comun-magazin.org/comun-5-ist-erschienen/>.

Zu einer wahren Fundgrube entwickelt sich in letzter Zeit die **Homepage der Volksinitiative Keine Profite mit Boden und Miete**. Die Akteur:innen, allen voran der verantwortlich zeichnende Hermann Kaienburg, tragen hier regelmäßig Informationen und Daten aus dem wohnungspolitischen Umfeld und den hamburgischen Entwicklungen zusammen. Beispielhaft sei dafür der jüngst erschienene neue **Newsletter 5/2021** angeführt (<https://keineprofitemitbodenundmiete.de/aktuell/newsletter/>), der auf neun Seiten allerlei Argumente u.a. zur Aussage zusammenträgt, dass Hamburg »falsch baut« und die Freistellungsgebiete endlich abgeschafft gehören.



Die Gewerkschaft **ver.di** beschäftigt sich in der aktuellen Ausgabe ihrer **Mitgliederzeitung »publik«** mit dem Thema **Wohnen** als Menschenrecht. Unter anderem setzt sich darin Werner Rügemer mit den steigenden Mieten und Gewinnen auseinander, insbesondere wird auch der vom Bundesverfassungsgericht abgesetzte **Berliner Mietendeckel** bewertet: <https://publik.verdi.de/>.



Auch der **DGB** hat die **Wohnungspolitik** vor wenigen Jahren verstärkt für sich entdeckt. Gefordert wird auf der einschlägigen Website (www.dgb.de/wohnen) u.a. »eine wohnungspolitische Kehrtwende«, ein »wirksames soziales Bodenrecht«, ein besseres Mietrecht und natürlich auch, endlich ausreichend »bezahlbaren Wohnraum« zu schaffen. Ganz besonders sei auf eine gut 20seitige »Dialogbroschüre« unter der Überschrift **Bezahlbar ist die halbe Miete. Gewerkschaftliche Positionen für eine soziale und nachhaltige Wohnungspolitik** hingewiesen. Sie ist im April 2021 in überarbeiteter und erweiterter Form neu aufgelegt worden (www.dgb.de/themen/++co++4ac2fc74-ba3e-11eb-bd80-001a4a160123).

Gaby Gottwald, Abgeordnete der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus, ist eine der zentralen Persönlichkeiten, die den **Mietendeckel** entwickelt und verankert haben. Bemerkenswert ist ihre gut fünfminütige Rede, die sie nach dem Niederschlag durch das Bundesverfassungsgericht im Berliner Landesparlament am 4. Juni gehalten hat. »Der Mietendeckel«, so die ursprünglich aus Hamburg kommende Abgeordnete, »wurde entsorgt, aber die Idee lebt. Nicht nur in Berlin, sondern weit darüber hinaus. Man kann Mieten regulieren, das ist kein Teufelswerk und man muss dies tun.« Die ganze Rede hier: www.youtube.com/watch?v=yOeRRO7ENr0&feature=youtu.be

Vor einiger Zeit hatten wir schon einmal auf mitgefilmte Rundgänge des Denkmalvereins Hamburg hingewiesen. Vor Kurzem hat dieser rührige Zusammenschluss der Denkmalfreund:innen ein neues Format entwickelt. Unter dem Titel **Hausbesuche – Freunde treffen Freunde** werden wichtige Kulturgebäude vorgestellt und damit ein **Blick hinter die Kulissen der Baugeschichte** ermöglicht. Den Auftakt gab es mit einem 17minütigen Video über das **Thalia-Theater**, und zwar hier: <https://vimeo.com/536775553/e4d41ed413>.

Vor rund drei Jahren hat sich neben dem Netzwerk Recht auf Stadt und anderen Bündnissen der Zusammenschluss **Versammlung der Stadtteile** herauskristalliert. Inzwischen liegt ein ganzes Paket »für eine demokratische, ökologische und sozial gerechte Stadtentwicklung« vor, in dem u.a. ein Mietendeckel, sozialer Wohnungsbau auf städtischen Flächen, der Ausbau des ÖPNV und eine Ausweitung der Bürger:innenbeteiligung gefordert wird (<https://versammlung-der-stadtteile.org/forderungen/>). Demnächst startet die Gruppe mit einer neuen Veranstaltungsreihe, ihr Titel: **Günstigen Wohnraum schaffen und Grünflächen erhalten in der Metropole Hamburg**. In mehreren Veranstaltungen soll die Frage beantwortet werden, wie ein Wohnungsbau aussehen müsste, mit dem sowohl Flächen geschont werden als auch soziale Erfordernisse erfüllt werden. Die erste Veranstaltung ist der Hohen Schaar gewidmet, es geht um »Potenziale für die Elbe, die Natur und das Wohnen im jetzigen Hafentwicklungsgebiet«. Referent ist der Verkehrsexperte aus Wilhelmsburg, Prof. Michael Roths Schuh. Es folgt eine zweite Veranstaltung mit Heike Sudmann zum geforderten Wohnungsbau auf dem Messegelände. Mehr zur Reihe und den einzelnen, noch nicht terminierten Veranstaltungen unter www.versammlung-der-stadtteile.org.

Ende Mai hat der **Verband der Sparda-Banken e.V.** seine diesjährige Wohnungsstudie vorgelegt, wobei zu betonen ist, dass daran auch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln sowie die Beratungsgesellschaft IW Consult und das Institut für Demoskopie Allensbach mitgewirkt haben. Auf satten 99 Seiten wird in der **Sparda-Studie Wohnen in Deutschland 2021** sowohl die langfristige Entwicklung des Immobilienmarktes seit 2005 als auch die aktuelle Situation analysiert. Die hier ausgewählten beiden Grafiken veranschaulichen die wichtigsten Daten und Ergebnisse dieses interessanten Materials, das leider vorrangig den Fo-





kus auf die Eigenheime richtet («Mopok vom 26.5.2021: »Sind Hausbesitzer glücklicher als Mieter?«). Dennoch ist es sicher wichtig zu wissen, dass nach Angaben dieser Studie beinahe jeder fünfte Mieter:innenhaushalt in der Pandemie über den Umzug in eine (eigene) Wohnung und ein Haus nachgedacht hat. »In Zeiten von Homeoffice und Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens steigert sich der Wunsch

nach einem schönen Zuhause mit mehr Platz und besserer Ausstattung, während die Wegstrecke zum Arbeitsplatz an Bedeutung verliert« (S. 2). Interessant sind sicher auch die Ausführungen zum **Zusammenhang von Eigentumspreisen und Entfernung zum Stadtzentrum**: Wer 60 bis 90 Minuten von der City entfernt kauft, zahlt nur etwa ein Drittel (2.290 Euro) des Preises von Wohnungen oder Häusern innerhalb eines 15minütigen Radius (S. 43). Gut zu wissen ist es vielleicht auch, dass mensch für den Durchschnittspreis von 354.000 Euro einer Wohnimmobilie in Hamburg 2020 in Nienstedten 43 qm bekam, in Neuenfelde aber 135 qm (S. 49). Für das Gros der Bürger:innen bzw. Haushalte in Hamburg sind das alles stille Betrachtungen zur Zeit!

Der alternative **Verkehrsclub Deutschland (VCD)** hat Ende Mai den Vorschlag für ein **Bundesmobilitätsgesetz** unterbreitet. »Auf unseren Straßen sind so viele Autos wie nie zuvor unterwegs, noch immer sterben mehr als 3.000 Menschen jährlich im Straßenverkehr und die Treibhausgasemissionen unserer Mobilität sind seit 1990 nicht gesunken«, konstatiert der VCD zutreffend. »Das deckt auf: Verkehrspolitische Entscheidungen folgen keinen übergeordneten Zielen. Ein Grund dafür ist ein veralteter Rechtsrahmen. Viele Verkehrsgesetze sind in den 1930er Jahren entstanden und wollen vor allem die »Leichtigkeit des (Auto-)Verkehrs« gewährleisten. Um dies zu ändern, braucht es einen Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik. Ein zentraler Baustein dafür wäre, ein Bundesmobilitätsgesetz zu verabschieden.« Mehr dazu hier: www.vcd.org/bundesmobilitaetsgesetz/.

Auch der **Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC)** lässt wieder von sich hören. Ende Mai begrüßte der Hamburger Landesverband zwar den kurz zuvor von der Umweltbehörde vorgelegten Entwurf des Lärmaktionsplanes, der u.a. ab Mitte 2022 in 20 weiteren Abschnitten in der Zeit von 22.00 bis 6.00 Uhr ein nächtliches Tempolimit auf 30 km/h vorsieht. Der ADFC fordert darüber hinaus aber erneut, **Tempo 30 auch tagsüber und für ganz Hamburg** einzuführen. Mehr: <https://hamburg.adfc.de/pressemitteilung/tempo-30-in-ganz-hamburg-statt-naechtlichem-klein-klein>.



Ein kulturelles Highlight wird vom **16. bis 21. Juni** in der Frappant Galerie (Viktoria Kaserne, Zeiseweg 9) präsentiert. Mehr als **100 Schüler:innen der Theodor-Haubach-Schule** haben sich seit 2019 immer wieder mit der Umgestaltung ihrer Nachbarschaft beschäftigt. Fotos und Filme sind entstanden, etliche Ortsbesichtigungen rund um die **Neue Mitte Altona** haben stattgefunden. »Einerseits wurde die Entstehung von neuen Gebäuden, Arbeitsstätten, Geschäften, Parks und Straßen dokumentiert, zum anderen geht es um die Erinnerung an das, was war und was verschwinden wird. Die Schülerinnen führten Interviews mit Anwohner*innen, Mitschüler*innen, Passanten, Geschäftsleuten und Planer*innen« (<http://dasneuealtona.de/>). Aufgrund der wenigen Öffnungstage ist für den **Ausstellungsbesuch eine Anmeldung** erforderlich.

Am **Donnerstag, den 17. Juni**, 18.00 Uhr, lädt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (**VVN-BdA**) ein zur Online-Veranstaltung **Verfassungsschutz schützt wen?** Hintergrund ist das (zeitweilige) Bemühen des von Olaf Scholz geführten Finanzministeriums, der VVN die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Die jetzt angekündigte Veranstaltung ist die dritte einer Reihe, in der der Frage nachgegangen wird, **was eigentlich gemeinnützig ist** und welche Rolle dieser Aspekt in der Geschichte der VVN spielte. Beteiligt an der Netz-Diskussion sind Gaby Heinecke (Rechtsanwältin aus Hamburg), Sarah Schulz

(Politikwissenschaftlerin aus Kassel) und Johann Basko (VVN Berlin). Den Zugangslink gibt es unter www.vvn-bda.de.

Ebenfalls am **Donnerstag, den 17. Juni**, aber erst um 18.30 Uhr, ist der Sozialverband Deutschland (SoVD) mit einer Veranstaltung dabei. **Nachhaltig sozial: So muss Hamburg sein!** – so ihr Titel. Es geht dabei um Leitlinien für eine Politik nah am Menschen – für Teilhabe und Chancengleichheit, ein Thema, über das an diesem Abend die sozialpolitischen Sprecher:innen der Bürgerschaftsfraktionen (selbstverständlich mit Ausnahme der AfD) unter Leitung von SoVD-Chef Klaus Wicher diskutieren. Die persönliche Anmeldung läuft über eine Mail an anmeldung@sovd-hh.de.

Donnerstag, der 17. Juni, scheint ein höchst veranstaltungsaffiner Tag zu sein, denn auch das **Netzwerk Mieten & Wohnen e.V.** lädt zu einer virtuellen Veranstaltung ein. Es geht dabei um **Neue Regeln für klimagerechtes und bezahlbares Wohnen**. Moderiert von Sabine Boesing (Bundearbeitsgemeinschaft der Wohnungslosenhilfe, BAGW) und Jennifer Puls (Der Paritätische) wird von 17.00 bis 20.00 Uhr erst über die verschiedenen Modelle der Mietregulierung und später dann über den Zusammenhang von Klimaschutz und Modernisierung diskutiert. Das Programm und inhaltliche Zielsetzung gerne nachlesen unter www.netzwerk-mieten-wohnen.de/content/onlineveranstaltung-neue-regeln-f-r-klimagerechtes-und-bezahlbares-wohnen-am-17juni.

Etliche Gruppen, darunter die Hamburger LINKE, rufen für **Samstag, den 19. Juni**, auf zu einer **Demonstration im Gedenken an Süleyman Taşköprü**. Am 27. Juni 2001 wurde er in seinem Geschäft in der Bahrenfelder Schützenstraße vom rechtsterroristischen Netzwerk »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) kaltblütig ermordet. Und obwohl die Täter beim Verlassen des Ladens vom Vater des Opfers gesehen wurden, hatte die



Polizei nichts Besseres zu tun, als dessen Aussage schlicht zu ignorieren. Wir zitieren einige Absätze aus dem Aufruf des Aktionsbündnisses Hamburg nach Hanau: **»Hamburg ist Tatortstadt – Hamburg ist Täter*innenstadt.** Jedes Opfer rassistischen Terrors verdient lückenlose Aufklärung. Wir wollen wissen: Wer hat

Süleyman umgebracht? Wer bereitete die Auswahl und die Durchführung des Mordes vor? Wie zerschlugen wir Hamburger Neonazinetzwerke? Wer verhinderte die Aufklärung? Wer sorgt dafür, dass von solchen Beamt*innen keine weitere Gefahr für Hamburgs Einwohner*innen ausgeht und der strukturelle Rassismus in Hamburger Behörden ernsthaft angegangen wird? Welche Maßnahmen werden ergriffen, um sicherzustellen, dass sich der NSU niemals wiederholen kann und rechter Terror gestoppt wird? Diese Fragen sind bis heute unbeantwortet. Wir werden diese Fragen in unserer Demonstration daher umso lauter stellen. Lasst uns von Altona zum Rathaus ziehen und zeigen – in Hamburg wird es keinen Schlussstrich geben. Ein **parlamentarischer Untersuchungsausschuss der Bürgerschaft** ist der erste Schritt zu einer Aufklärung des NSU-Komplexes in Hamburg. Sein Fehlen ist die politische Verachtung der Opferinteressen und es ist ein Skandal für die Hansestadt. Doch ein Untersuchungsausschuss wird nur ein erster Schritt sein. Wir müssen als Gesellschaft Rassismus als eines von vielen Machtverhältnissen endlich tiefgreifend angehen. Dies beginnt in staatlichen Einrichtungen, insbesondere wenn diese bewaffnet sind. Doch es meint jede Person dieser Gesellschaft.« Den ganzen Text gibt es hier: <https://hamburgnachhanau.noblogs.org/>. Startpunkt für die Demonstration am 19. Juni ist um 14.00 Uhr am Bahnhof Altona.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass auf Kampnagel in Winterhude **noch bis zum 27. Juni** die Ausstellung **Kein Einzelfall. Rechtsradikale Realitäten in Deutschland** zu sehen ist. In dieser täglich um 16.00, 17.00, 18.00 und 19.00 Uhr zu besuchenden Ausstellung zeigt die Künstlerin Katharina Kohl Porträts von Menschen, die an den NSU-Ermittlungen beteiligt waren: Polizist:innen, Kriminalbeamt:innen, Staatsanwält:innen, »Verfassungsschützer:innen«. Interessante Einblicke in die Beweggründe von Katharina Kohl gewährt der Artikel »Männer mit schlechtem Gedächtnis« (<https://taz.de/Kuenstlerin-ueber-NSU-Aufarbeitung/!5775964/>). Der kostenfreie Ausstellungsbesuch ist nur mit Anmeldung möglich unter tickets@Kampnagel.de.



Mobil ohne Auto, das ist zum wiederholten Male der Slogan für **Sonntag, den 20. Juni**. Das breite verkehrspolitische Bündnis aus ADFC, BUND, NABU, VCD, Greenpeace und unter anderem der bereits erwähnten Sparda-Bank fordert: **Rad fahren – Klima schützen**. Die Fahrradsternfahrt hat ihre Ursprünge schon vor mehr als 25 Jahren, wuchs ständig an und erfasste zuletzt – 2019 – über 30.000 Menschen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Unter www.fahrradsternfahrt.info lässt sich in Erfahrung bringen, um welche Forderungen es vor allem geht, aber auch, wo die Startpunkte sind. Die Sternfahrt endet dieses Mal in einer großflächigen Kreisfahrt um die Außenalster.

Namen von Straßen und Plätzen sind in den vergangenen Jahren verstärkt in den Blickwinkel der Zivilgesellschaft geraten. Flankiert durch die Forschung zu NS-Täter:innen rücken immer mehr belastete Personen ins Bewusstsein, die durch die Benennung von Straßen oder Plätzen öffentlich gewürdigt werden. Aber warum sollten Kolonialkrieger oder Nazis auch noch im Stadtbild

gewürdigt werden? **Zur Krux mit der Benennung von Straßen und Plätzen in einer demokratischen Gesellschaft**, lautet daher der Titel einer Online-Veranstaltung der St. Georger Geschichtswerkstatt mit Dr. Rita Bake am **Donnerstag, den 24. Juni**, 18.30 bis 20.00 Uhr. Sie wird insbesondere auf die Situation im Bezirk Mitte und im Hauptbahnhofviertel eingehen. Der Zugangslink muss angefragt werden bei info@ev-stgeorg.de.

Am **Donnerstag, den 1. Juli**, 18.00 Uhr, findet die **8. Akademie** des bundesweit agierenden **Vereins Fuss e.V.** statt. Schwerpunkt des Online-Seminars ist dieses Mal das Thema **Querungen oder: Es gibt viele Arten, gut und sicher über die Straße zu kommen**. Wer teilnehmen möchte, meldet sich über diesen Link: www.fuss-ev.de/?view=article&id=793:fussverkehrsakademie-infos&catid=83. Darin lassen sich übrigens auch die bisher gelaufenen sieben anderen Youtube-Veranstaltungsmitschnitte nachvollziehen. Dabei ging es um diese Themen: Zu Fuß gehen und Stadtentwicklung; Unfallanalysen; Kinder im öffentlichen Raum; Vom Fußverkehrs-Check zur -Strategie; Schulisches Mobilitätsmanagement, Schulwegplanung und die Verkehrswende; Flächenbedarf des Fußverkehrs; Stadt erleben – Wie gehe ich durch die Stadt, was nehme ich wahr?

Vom **19. bis 28. Juli** heißt es, den Kindern das Feld zu überlassen, zumindest nahe der U-Bahnstation Barmbek, beim Museum der Arbeit. **Kinderstadt – Wir bauen eine neue Stadt** ist das Projekt überschrieben, an dem – initiiert von der Patriotischen Gesellschaft – das Museum der Arbeit und die Zinnschmelze mitwirken. Eigentlich war die Teilnahme mehrerer hundert Kinder vorgesehen gewesen, die Zahl musste coronabedingt allerdings auf 150 beschränkt werden. Aber auch diese immer noch große Zahl an Kindern und Jugendlichen zwischen 7 und 15 Jahren wird eine Menge entwickeln, geht es doch um nichts weniger als darum, eine (utopische) Stadt zu bauen, wie sie nach Überzeugung der Beteiligten 2022 aussehen sollte. Alles Weitere und schöne Grafiken gibt's hier: <https://kinderstadt.hamburg/>.



»Das kommende Schuljahr wird nicht normal«

Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass über die Auswirkungen der Schulschließungen und nötige Planungen



Schule Am Schleimer Park in Hamburg-Billstedt, Juli 2020/wikimedia/Minderbinder/
CC BY-SA 4.0; Plakat »Bildung für alle«, UdSSR 1971 (gemeinfrei)

Die psychischen und sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie bei Kindern und Jugendlichen sind unbenommen gravierend. Verhaltensauffälligkeiten haben zugenommen wie auch emotionale Probleme, Depressionen, Ängste; Kinder und Jugendliche leiden besonders unter Zukunftsängsten und Perspektivlosigkeit. Auch körperliche Leiden wie Müdigkeit, Antriebslosigkeit und Schmerzen allgemein haben zugenommen. Kinder und Jugendliche haben Gewicht zugelegt und es fehlen ihnen Möglichkeiten, die altersbedingten Gefühlsschwankungen auszugleichen. Eine trostlose Lage, die besonders Kinder und Jugendliche trifft, die in ökonomisch schlechten Verhältnissen leben – in Hamburg sind dies mehr als 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen.¹

Zum Juni sind die Schulen wieder komplett geöffnet worden. Bei Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln plus Lüften in der Schule (AHA+L-Regeln) kommen wieder alle Kinder und Jugendlichen für die letzten drei Wochen in den Unterricht.

Dabei ist letzteres entscheidend: Die Schulbehörde legt Wert darauf, dass *Unterricht* stattfindet. DIE LINKE hat im Einklang mit Hamburger Schul-, Sozial- und Jugendverbänden, wissenschaftlichen Expert:innen und Mediziner:innen schon mehrfach die politisch Verantwortlichen aufgefordert, die emotionalen und sozialen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen im »Sozialraum Schule« in den Mittelpunkt zu stellen. Alle haben auf Granit gebissen: Der Schulsenator vergoss ein paar Krokodilstränen ob der wachsenden sozialen Notla-

gen, aber nur, um seine einfallsslose Öffnungspolitik zu rechtfertigen. Kein Einspruch, wenn es für alle Beteiligten sicher ist, die Schulen wieder zu öffnen, im Gegenteil. Doch der Inhalt kann nicht allein sein, Regelunterricht zu erteilen. Die Kinder und Jugendlichen waren besonders belastet in den letzten Monaten und jetzt sollen sie pauken, büffeln und Leistungsnachweise erbringen. Immerhin ist zu hoffen, dass die Schulen pädagogisch dem Schulsenator voraus sind.

Jetzt hat sich die Elternkammer mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit und die Schulbehörde gewandt, das Schuljahr zu verlängern, gerade um die emotionalen und sozialen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zu befriedigen, aufzufangen, sie wieder aufzubauen und die Bindungen zu festigen, die eine erfolgreiche Bildung erst möglich machen.² Eine weitere Konsequenz aus den mehrmonatigen Schulschließungen soll das Aussetzen des Abschulens nach Klasse 6 des Gymnasiums sein.³ Schon im April hatte die Vereinigung der Leitungen der Hamburger Gymnasien und Studienseminare eine Fokussierung auf die sozialen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen gefordert, wenn über Schulöffnungen ge-

¹ Nach den Angaben des Statistikamts Nord lebten 2019 19,6% der Unter-15-Jährigen in Grundsicherung.

² <https://elternkammer-hamburg.de/2021/05/12/gebt-den-kindern-das-schuljahr-zurueck/>

³ <https://elternkammer-hamburg.de/2021/05/12/aussortieren-der-sechst-klaessler-an-den-gymnasien-stoppen/>

sprochen wird.⁴ Die Stadtteilschulleitungen hatten bereits im März in einem Schreiben an den Schulausschuss eine pädagogische Ausrichtung jedweder Öffnungsdiskussionen gefordert.⁵ Und auch die GEW unter dem neuen Vorsitz von Sven Quiring, Yvonne Heimbüchel und Bodo Haß merkten diesen Aspekt bei ihrer Kommentierung der jetzigen Öffnung zum kompletten Präsenzunterricht an.⁶

Bisher fand keine der Initiativen Gehör in der Schulbehörde. Das spricht ausreichend für die Kommunikationsbereitschaft der Hamburger Straße: Null.

Inhaltlich richtig und sinnvoll ist es, das kommende Schuljahr 2021/22, das vielleicht weniger unmittelbar von der Coronapandemie gekennzeichnet ist, nach inhaltlichen Maßgaben zu planen. Es wird dennoch in keinem Fall ein »normales« Schuljahr, sondern ganz von den Tiefen und Folgen der Pandemie gekennzeichnet sein. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, bringt DIE LINKE in die letzte Bürgerschaftssitzung vor der Sommerpause (am 16. Juni) einen Antrag ein, der die Einsetzung eines Bildungs-Rats fordert. Dieser soll aus Wissenschaftler:innen, Vertretungen der Schulformen, der Kammern, der Gewerkschaften, der zuständigen Behörde, der Sozialbehörde, GBS-Trägern und der Bürgerschaft bestehen. Er soll durch entsprechende Vorschläge den Unterricht vor allem nach psychosozialen und motorischen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen ausrichten helfen und außerschulische Lernorte, Ausflüge, Klassenfahrten, Exkursionen, Sportangebote, praktische Versuche und kulturelle Angebote verstärkt einbeziehen. Zudem sollen die »Abschulungen« (so oder so ein Unding) und die Halbjahreszeugnisse ausgesetzt werden.⁷ Dies alles folgt dem Motto: Druck raus! Die jungen Menschen haben genügend Belastungen erlebt, als sie jetzt mit Leistungsnachweisen, Prüfungen, Zeugnissen etc. zu bedrängen. Der soziale Raum, der Schule sein kann, muss ihnen jetzt offenstehen. Mal sehen, ob sich die rot-grüne Mehrheit in der Bürgerschaft überhaupt auf eine Diskussion einlässt oder gar dem Antrag folgt. In der ganzen Ablehnung, Schule neu oder gar anders zu denken, lässt sich am Willen und Verständnis sowohl in der Bürgerschaft wie auch im Senat zweifeln. Auch dies wiederum sagt alles Nötige über das demokratische und pädagogische Verständnis der Schulbehörde.

Gute Bildung nach Corona – aus der Krise lernen!

Was jetzt an Hamburgs Schulen zu tun ist:

1. Soziales Lernen stärken

- Kleine Lerngruppen
- Mehr Unternehmungen, Projekte im Stadtteil, Ausflüge und Klassenfahrten
- Das neue Schuljahr mit einer Projektphase starten (August/September)
- „Corona“-Projektwoche

2. Druck rausnehmen

- Bildung und Lernen sind wichtiger als Prüfungen
- Keine Prüfungen bis zu den Herbstferien
- Lehrpläne anpassen/entschlacken
- Abschulung nach Klasse 6 vom Gymnasium stoppen
- Leistungsnachweise reduzieren
- Zeugnisse notenfrei gestalten und demokratische Feedbackkultur schaffen
- Halbjahreszeugnisse streichen

3. Kreative Konzepte

- Außerschulische Lernorte regelhaft eröffnen und implementieren
- Digitale Lernformen kreativ ausbauen

4. Mehr Beteiligung

- Bildungsrat ins Leben rufen
- Regionale Bildungskonferenzen
- Runder Tisch/Forum mit Schüler:innen der einzelnen Schulen
- Die Perspektiven der Schüler:innen in den Mittelpunkt stellen
- Rechte der jungen Menschen stärken

5. Zeit geben

- Die Lehrerarbeitszeitverordnung den Anforderungen anpassen und zwei unteilbare A-Zeiten mehr für die Lehrkräfte schaffen
- Den schulischen Ganzttag pädagogisch und lernentwicklungspsychologisch klug organisieren

V.i.S.d.P.: Margret Geitner, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg



DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

In dem hier abgedruckten **Flyer** hat die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft zusammengefasst, wie sie sich die wichtigsten Maßnahmen nach dem Wiederstart des Präsenzunterrichts vorstellt.

⁴ https://vlhgs.de/wp-content/uploads/2021/04/VLHGS_Schuloeffnung_2021.pdf

⁵ www.ggg-web.de/z-hh-diskurs/24-hh-stellungnahmen/1568-hh-bildungsbenachteiligungen-durch-die-pandemie-muessen-ausgeglichen-werden-2021-4

⁶ www.gew-hamburg.de/themen/schule/gesundheitschutz-sicherstellen-und-paedagogische-freiheiten-ermoeglichen

⁷ Drs. 22/4781, https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/76135/schule_nach_der_pandemie_das_un_normale_kommende_schuljahr_unter_breiter_beteiligung_planen.pdf

Wahrer Krimi Am Kleinen Schäferkamp 16, 16a-f

Aktivitäten gegen eine Zwangsversteigerung, notiert von Bernhard Mayer und Bernd Griesebock



Gebäudekomplex Kleiner Schäferkamp 16a-f, 1.3.2021 (Foto: KS16HH)

Ein Schock für uns: Mitte Februar entdecken Nachbarn im Internet, dass unser Zuhause am 27. Mai zur Auflösung der Erbgemeinschaft versteigert werden soll. Fast gleichzeitig erhalten einige Nachbar:innen Besuche von Fremden, die sich unter merkwürdigem Vorwand Einsicht in die Mietverträge und Wohnungsbesichtigungen erswindeln wollen. Kaum später erhalten wir von der Verwaltung eine Warnung vor solchen Besuchen. Außerdem hätten wir im Falle eines Hausverkaufes nichts zu befürchten, weil die Mietverträge weiter bestehen würden – keine weiteren Informationen.

Die Zeit drängt

Ab jetzt werden vor allem drei Bewohner aktiv. Wir erkundigen uns sehr detailliert über die rechtliche Lage und mögliche Konsequenzen. Ein erstes Rundschreiben an die Nachbar:innen wird formuliert und am 22. Februar per Briefkasten verteilt – mit der Info zur Zwangsversteigerung und der Frage nach Interesse für eine Genossenschaft zur Eigenverwaltung der Häuser. Eine Woche später haben bereits über 50% der NachbarInnen zugestimmt und wollen weiter informiert werden. Es wächst eine Gemeinschaft zusammen.

Eines ist klar: Wir können in der kurzen Zeit keine Wohnungsgenossenschaft gründen und an der Versteigerung selbst teilnehmen. Unsere Idee: Der Bezirk Eimsbüttel oder die Stadt Hamburg mögen uns helfen, z.B. durch Ersteigerung des Grundstücks, damit wir die Genossenschaft gründen und das Grundstück der Stadt wieder abkaufen können. Für die Stadt eine Herausforderung, da sie im Falle einer Zwangsversteigerung kein Vorkaufsrecht geltend machen kann.

Die Initiative formiert sich

Wir »schmücken« unsere Balkone mit Bettlaken und geben darauf unseren Unmut preis. Passant:innen und Presse werden auf uns aufmerksam, Menschen, die an unserer Nachbarschaft, unserem Schicksal interessiert sind. Aber auch Makler und potenzielle Käufer:innen können unseren Protest nicht ignorieren. Wir realisieren den Internetauftritt für unsere neue »Initiative KS16HH«.

Am 1. März erhält unsere Verwaltung die Info über unsere verschönerten Balkone und ruft einen nach dem anderen der drei Hauptaktivisten an: »Was machen Sie denn da? Sie verunsichern ja unsere Mieter.« – Unglaublich, für wie ahnungslos man uns hält. Hätten uns die Eigentümer oder die Verwaltung schon mal vorab informiert, wäre vielleicht alles anders gekommen. Zumal wir schon im Jahr 2013, das zweite Mal im Jahr 2017 den Eigentümern gegenüber deutlich unser Interesse gezeigt hatten, eine Genossenschaft zu gründen und den Eigentümern die Häuser zu einem marktüblichen Preis abzukaufen.

Wir machen uns und unsere Situation bekannt

Gleichzeitig beginnen wir, zuständige Stellen des Bezirksamtes Eimsbüttel und der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) zu kontaktieren. Wir versuchen, Unterstützung und Informationen zu bekommen von politischen Parteien, von Mietervereinen, der Stattbau Hamburg GmbH, anderen ähnlich organisierten Mietergemeinschaften. Wir mailen die Bezirksversammlung und den Bezirksamtsleiter an, werden sogar zur nächsten Online-Sitzung des Kerngebietsausschusses der Bezirksversammlung eingeladen, um unser Anliegen

vorzustellen. Kurze Zeit später nehmen wir auch an der in Präsenz stattfindenden Bezirksversammlung teil und bringen dort noch einmal unser Anliegen vor. Die Aufmerksamkeit der Presse steigt, es erscheinen Artikel in verschiedenen Print-Medien. Die aktivsten Unterstützer:innen finden wir bei den LINKEN. Sie initiieren eine Aktion in unserem Viertel, bei der wir gemeinsam Unterschriften sammeln, um die Stadt aufzufordern, uns in unserem Vorhaben zu unterstützen. Wir starten eine Online-Petition mit gleichem Inhalt – und erhalten eine überwältigende Unterstützung: Innerhalb von zehn Tagen kommen 400 Unterschriften auf der Straße und 1.000 über die Online-Petition zusammen.

Petitionsübergabe an den Finanzsenator

Auch die rasche Zusage des Büros des Finanzsenators Andreas Dressel für eine Übergabe der Unterschriftensammlung zeigt: Wir stoßen überall auf Verständnis mit unserer Angst, von einem spekulierenden Investor übernommen zu werden, der dann bekannte Methoden zu unserer Vertreibung anwenden könnte. Zwei Tage nach Übergabe warnen nicht nur der Finanzsenator, sondern auch die BSW-Senatorin sowie der Bezirksamtsleiter Eimsbüttel in einer gemeinsamen Presseerklärung, dass sie alles Mögliche tun würden, um es Spekulanten und »Glücksrittern« schwer zu machen. Das war schon ein starkes Stück, das uns überrascht hat. Zwei Tage vor Termin wurde die Versteigerung aufgehoben. Die Erbgemeinschaft hat sich anscheinend vorerst geeinigt. Die Gefahr für uns ist damit nicht vorbei, denn der Termin kann innerhalb eines halben Jahres wieder aktiviert werden. Wir haben der Verwaltung versprochen, die Aktivitäten der Initiative KS16HH nicht einzustellen, bis wir über die weiteren Pläne informiert wurden.

Was haben wir gelernt durch unsere Aktivitäten?

Die Gesetzgebung gegen überhöhte Mieten und gegen Spekulation mit Wohnraum ist dramatisch ineffektiv. Das wissen wir alle, aber es ist noch einmal sehr deutlich geworden, an welchen Stellen die Gesetzgebung nicht funktioniert. Wir wollen hier einmal aufzählen, wo aus unserer Sicht Verbesserung dringend notwendig ist – bundesweit, denn die Bundesländer haben diesbezüglich zu wenig Macht, wie das Beispiel Mietendeckel in Berlin gezeigt hat:

- Falsche Berechnung der Werte im Mietenspiegel: Der Mietenspiegel ist Grundlage für Mietpreise bei Neuvermietungen und bei Erhöhungen von Mieten. In die Berechnung gehen *nur* Mieten ein, die innerhalb der vergangenen vier Jahre »neu vereinbart« (Neuvermietung) oder »angepasst« (Mieterhöhung) wurden. Der Mietenspiegel spiegelt also nur die allerhöchsten Mieten wieder und verdient damit seinen Namen nicht.
- Mietenspiegel ist Grund für Mieterhöhung: Warum darf der Mietenspiegel als Grund für die Mieterhöhung erhalten? Inflation ist nachvollziehbar, Mietenspiegel nicht. Vor allem ist dies gepaart mit der Berechnung des Spiegels eine gesetzlich verankerte Preisspirale.
- Umwandlungs- und soziale Erhaltungsverordnungen wirken viel zu kurz: Durch diese Verordnungen dürfen in den Gebie-



Petitionsübergabe an Finanzsenator Dressel am 19. Mai 2021 (Foto: Nils Grohmann)

ten, in denen sie gelten, Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen trotzdem vorgenommen werden. Nur das Vorkaufsrecht durch die MieterInnen beträgt sieben Jahre. Anschließend gibt es noch fünf Jahre Schutz, bevor Mieter:innen bei Kündigung wegen Eigenbedarfs raus müssten. Über diese zwölf Jahre lacht ein Investor. Dies muss effektiver geregelt werden, z.B. einfach durch deutliche Verlängerung dieser 7-Jahres-Frist.

- Vorkaufsrecht der Stadt/Gemeinde gilt nicht bei Zwangsversteigerung: Es ist nicht einzusehen, warum die Gemeinde/Stadt nicht auch nach Versteigerungen ein Vorkaufsrecht geltend machen kann, genauso wie bei einem »normalen« Immobilienverkauf.

Das Wertgutachten und seine Erstellung haben uns gezeigt:

- Falsche Berechnung des Bodenrichtwertes: Aufgrund der Art und Weise der Bodenrichtwertberechnung sind Gebäude, die auf einem Grundstück stehen, fast nichts mehr wert. Unser Beispiel: Laut offiziellem Bodenrichtwert landet der Grundstückswert bei ca. 8,5 Mio. Euro. Die Ertragswertberechnung liefert jedoch einen Gesamtpreis des »Anwesens« von ca. 10,1 Mio. Euro. Die Gebäude mit den 52 Wohnungen (ca. 2.700 m² Wohnfläche) und zwei Gewerbeeinheiten sind also nur ca. 1,6 Mio. Euro wert. Das ist absurd.
- Unglaubliche Bezahlung von Gutachten: Gutachter:innen werden geradezu eingeladen, einen möglichst hohen Wert zu berechnen, denn ihr Honorar richtet sich nach dem Wert, den sie schätzen.

Wilhelmsburg: Beteiligung super, aber ...

... nur wenn die Bürger:innen den Spielregeln der Politik folgen, kritisiert Hartmut Sauer



Der neue alte-Beiratsvorstand, 2. v. r.: Lutz Cassel (Foto: Beirat)

Wenn man die Berichterstattung über den Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg der letzten Monate einmal Revue passieren lässt, dann stößt man auf Überschriften wie »Streitigkeiten um Wilhelmsburger Stadtteilbeirat; Bürgerbeteiligung bleibt auf der Strecke« und »Angst vor den Bürgern; SPD, CDU, FDP versuchen mit Unterstützung der Verwaltung den unabhängigen Stadtteilbeirat an die Leine zu legen«. Man staunt und ist irritiert, wenn man dies mit den hehren Zielbeschreibungen der Bezirksversammlung Hamburg Mitte zu »Beiratsstrukturen und Bürgerbeteiligung« in Beziehung setzt. Auf der Webseite des Bezirkes steht dazu:

»Der Bezirk Hamburg-Mitte praktiziert Bürgerbeteiligung in vielfältiger Weise und aus voller Überzeugung. Gerade die kontinuierliche Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern an kommunalen Entscheidungen ist eine unverzichtbare Ergänzung zu der Arbeit in den bezirklichen Ausschüssen durch die gewählten Bezirkspolitiker. Die stark ausgeprägte, individuelle Herangehensweise, der im Bezirk Hamburg-Mitte bislang gefolgt wird, hat bisher zu gebietsverträglichen, nachhaltigen Prozessen und einer engen Verzahnung von Kommunalpolitik und Bürgerinteressen geführt. Vor diesem Hintergrund soll an dieser Art der Beteiligung auch zukünftig festgehalten werden.«

Der Beirat für Stadtteilentwicklung stellt sich seiner Verantwortung für den gesamten Stadtteil Wilhelmsburg – inzwischen immerhin ein Stadtteil mit 55.000 Bewohnerinnen und Bewohnern. Entsprechend groß ist das Themenspektrum. Daneben gab und gibt es in Wilhelmsburg Sanierungsbeiräte für RISE-Gebiete.

Üblicherweise werden Beiräte im Bezirk Mitte vom Ausschuss für Wohnen und Stadtentwicklung begleitet, die fachliche Betreuung erfolgt durch das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung. Vor zwei Jahren wurden die Zuständigkeiten geändert und der Beirat wurde dem Regionalausschuss Wilhelmsburg und dem Regionalbeauftragten für Wilhelmsburg zu-

geordnet. Hatten schon die Ortsamtleiter als quasi Vorgänger der Regionalbeauftragten wenig Kompetenzen innerhalb der Verwaltungshierarchie, so ist dies bei den Regionalbeauftragten nochmals geringer. Im Blick auf den Regionalausschuss gilt dies in ähnlicher Weise. Ich erinnere an dieser Stelle nur an die langjährigen Forderungen nach einer Kommunalisierung von Verwaltungsprozessen, die echte Entscheidungen in die Regionen delegiert. Ein entscheidender Grund für die Auseinandersetzungen um den Wilhelmsburger Beirat liegt genau hier. In der öffentlichen Wahrnehmung Wilhelmsburgs spielt weder der Regionalausschuss noch der Regionalbeauftragte irgendeine Rolle. Der Beirat hat jedoch in den vergangenen Jahren immer wieder strittige Stadtteilfragen aufgegriffen und in die Diskussion gebracht. Die Themen wurden dann auch durch den Vorsitzenden des Beirates in die Stadtteilöffentlichkeit getragen. Das war einigen »Granden« des Regionalausschusses ein Dorn im Auge. Deshalb nun der Versuch, den Beirat an die kurze bürokratische Leine zu nehmen. Der erste Schritt dafür war die Abwahl von Lutz Cassel, des allseits anerkannten und selbstbewussten Vorsitzenden des Beirates im Oktober 2020.

Die erst vor wenigen Jahren erfolgte Zuordnung des Beirates zum Regionalausschuss erweist sich nun als großer Fehler. Viele Jahre war der Beirat als Beteiligungsgremium dem Ausschuss für Wohnen und Stadtentwicklung zugeordnet. Dort war er auch richtig platziert (wie im Übrigen auch alle anderen Beiräte). Dieser Ausschuss hat die Vorschläge des Beirates wertgeschätzt und nicht versucht, in einen Kompetenzstreit zu gehen. Dem Regionalausschuss fehlt diese stadtentwicklungspolitische Kompetenz. Deshalb sollte die Bezirksversammlung diese falsche Zuordnungsentscheidung wieder rückgängig machen, dem Regionalausschuss das Mandat zur Begleitung des

Hartmut Sauer ist Mitglied bei Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.

Beirates entziehen und es wieder dem Ausschuss für Wohnen und Stadtentwicklung zuordnen. Diesem ersten Schritt (der Abwahl) folgten gegenüber dem Beirat weitere Eskalationsstufen. Am 9. Dezember 2020 lud der bisherige Vorstand des Beirates zu einer konstituierenden (digitalen) Sitzung des neu gewählten Beirates ein. Diese Einladung erfolgte nach der allgemein üblichen Regel, dass der alte Vorstand so lange im Amt bleibt, bis ein neuer gewählt wurde. Am Tage der Sitzung kam über den Regionalbeauftragten aus der »Bezirksversammlung« ein Veto gegen die Durchführung der konstituierenden Sitzung des Beirates, mit der Begründung, »der alte Vorsitzende hätte formal gar nicht einladen dürfen, weil er doch nicht in den neuen Beirat gewählt wurde«. Diese absurde Begründung führte dann tatsächlich zur Absage der Beiratssitzung. Bei genauer Betrachtung wird die Absurdität tatsächlich noch größer, weil die bezirklichen Gremien die Wiederberufung der Beiratsmitglieder über mehrere Jahre versäumt hatten. Die reguläre Amtszeit des Beirates endete tatsächlich schon im Dezember 2018/Januar 2019, ohne dass es zu einer Neuwahl kam. Der Beirat hat also seine Geschäfte mit denselben Personen und Funktions- und Amtsträgern weitergeführt. Nun aus dem Bezirk zu behaupten, eine Durchführung der konstituierenden Sitzung nach der Neuwahl durch den bisherigen Vorstand sei irregulär, ist ein »schwer verdaulicher« Vorgang.

Die Einmischungen waren damit jedoch nicht zu Ende. Der Regionalausschuss traf die Festlegung, dass nur solche Beiratsmitglieder gewählt werden können, die auch im »Quartier« wohnen. Dieses Kriterium hatte bei Wahlen in der Vergangenheit nie eine Rolle gespielt. Wenn man sich die Quartiersgrenzen der 14 Beiratsquartiere einmal ansieht, kommt man ganz schnell zu dem Ergebnis, dass die Grenzen völlig willkürlich sind. Da also die 14 Bereiche keinen Quartierszusammenhang haben, ist auch eine Festlegung eines Wohnortprinzips unsinnig. Zumal es nach der Kultur des Beirates immer von größerer Bedeutung war, dass Menschen aus dem Stadtteil sich für den Stadtteil engagieren wollten. Deshalb war das Wohnortprinzip

von untergeordneter Bedeutung. Es ging nie um das Vollziehen kleinkariertter Verwaltungsregeln, sondern um Wertschätzung für Menschen die bereit waren und sind sich ehrenamtlich zu engagieren.

Der nächste Eskalationsschritt seitens der Bezirksverwaltung war ein Gefälligkeitsgutachten des Leiters des Rechtsamtes für den Regionalbeauftragten zu der Frage, ob ein Beirat dem Rechtsrahmen eines bezirklichen Ausschusses unterfällt. Dr. Schiwiek, am 5. März 2021: »Etwasige Regelungslücken und auch die Grenzen des Zulässigen sollten durch eine entsprechende Anwendung der Regelung für Unterausschüsse zu Regionalausschüssen (§ 16 Abs. 1 BezVG) geschlossen bzw. definiert werden, da der Beirat einem Unterausschuss am ähnlichsten ist. Zudem wäre es kaum nachvollziehbar, warum sich ein Unterausschuss oder ein Regionalausschuss an bestimmte Rechte und Pflichten halten muss, ein Beirat aber nicht.« Das ist eine abenteuerliche Rechtsauslegung, die mit üblichen juristischen Vorgehensweisen nicht das Mindeste zu tun hat, und eine Missachtung aller Regeln von Bürger:innenbeteiligung.

Am 17. März 2021 sollte erneut versucht werden, mit dem neugewählten Beirat eine konstituierende Sitzung online abzuhalten. Da es noch immer keinen neuen Beiratvorstand gab, sollte die Sitzungsleitung vom verbliebenen Vorstand (bzw. den wiedergewählten Mitgliedern) der Stellvertreterin des Vorstands und einem Beisitzer des Vorstandes geleitet werden. Lutz Cassel wollte an dieser Sitzung nur als Gast teilnehmen. Kurz vor Sitzungsbeginn wurde auf Anweisung des Regionalbeauftragten Rudolph die Öffentlichkeit ausgeladen, der Link zur Teilnahme an der Sitzung deaktiviert. Er wolle »in nichtöffentlicher Sitzung mit den Mitgliedern des Beirats diskutieren«, teilte Herr Rudolph per E-Mail mit. Ein klarer Verstoß gegen die Geschäftsordnung des Beirats, die grundsätzlich öffentliche Sitzungen vorsieht. Nach kontroverser Diskussion wurde diese nicht Geschäftsordnungskonforme Sitzung nach Beschluss der großen Mehrheit der Beiratsmitglieder dann abgebrochen.



Ortsbesichtigung zum Thema Deichverlegung Ellerholtz in Wilhelmsburg, September 2020 (Foto: Beirat)

Inzwischen hat der Beirat eine Sondersitzung und eine reguläre Sitzung (jeweils online) durchgeführt, selbstverständlich öffentlich. Es hat sich ein Sprechergremium gebildet, das die Geschäfte führt, bis in einer Sitzung mit persönlicher Anwesenheit ein regulärer Beiratsvorstand gewählt werden kann.

So weit, so gut, könnte man meinen. Das Problem ist nur, dass die zugrunde liegenden Probleme immer noch vor sich hinschmoren. Leider hat inzwischen auch der Leiter des Bezirksamtes Falko Droßmann Partei ergriffen und sich mit falschen Behauptungen in den Konflikt eingemischt. In einem Brief vom 12. April 2021 an das vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, Frau Meryem Celikkol, schreibt er u.a.: »Die Mehrheit der Mitglieder des Beirates sieht sich offenbar nicht imstande, diesen Teil der Wahl zu akzeptieren, was zu einer Blockade der Beiratsarbeit einerseits und zu einer immer heftigeren Kontroverse führte«. Und: »Herr Cassel tritt weiterhin für den Beirat auf, obwohl er ihm nach Einschätzung des Rechtsamtes nicht mehr angehört.« Beide Aussagen treffen nachweislich nicht zu. Lutz Cassel ist zu keinem Zeitpunkt »weiterhin für den Beirat« aufgetreten, bis auf die Tatsache,

dass er als bisheriger Vorsitzender die konstituierende Sitzung des neu gewählten Beirates eröffnen wollte. Auch wenn bei vielen der Ärger über die Trickereien einiger Regionalaussschussmitglieder immens war, so hat es gleichwohl keine Blockade gegeben. Allerdings die Forderung nach Klärung dieser Vorgänge. Misslich ist dieser falsche Zungenschlag auch deshalb, weil Frau Celikkol für den Beirat quasi eine Mediation übernehmen soll.

Es bleibt also offen, wohin dieser gesamte Konflikt noch führen wird. Es ist viel Porzellan zerschlagen worden und es bleibt abzuwarten, ob zwischen den beteiligten Parteien wieder eine Vertrauensbasis entstehen kann. Insgesamt fehlt es seitens der politischen Akteure an Respekt vor der Selbstständigkeit dieses Beteiligungsgremiums. Es wäre wirklich hilfreich, wenn vonseiten des Bezirks die oben zitierten Aussagen zur Bürger:innenbeteiligung ernst genommen und befolgt und derartige Versuche der Einmischung und Bevormundung zukünftig unterbleiben würden.

Alsenplatz – von wegen Klimaschutz

Fällung von 70 Jahre alten Bäumen trifft auf Widerstand, berichten Elisabeth Richter und Karin Kreuder



Anwohner:innen kämpfen um ihre Bäume (Foto: Karin Kreuder)

Die Anwohner:innen des Alsenplatzes in Altona Nord wohnen in einer trügerischen Idylle. Ein kleiner Wald direkt vor der Haustür. Jetzt, Anfang Juni, blickt man auf dichtes Grün von rund 30 Bäumen. Die Parkplätze verschwinden darin, auch wenn sich jeder Schöneres als Autos auf dem Platz vorstellen kann. Eine echte Oase mit Potenzial, ein grüner Puffer zwischen Ring 2, Eimsbütteler Straße und Alsenplatz, gewachsen in fast 100 Jahren. Früher war der Alsenplatz viel größer mit einem Marktplatz. Die Isebek floss hier, als es den Doormannsweg

noch nicht gab. Für die große Verkehrsstraße wurde das Flüsschen umgelenkt, der »große Alsenplatz« geopfert. Und eigentlich hatte Stadtplaner Oelsner den Alsenplatz als Ende einer Frischluftschneise vom Volkspark ausgehend vorgesehen.

Trotzdem, auch der heutige kleinere Alsenplatz trägt dazu bei, dass Hamburg als eine der »grünsten Städte Deutsch-

Elisabeth Richter und Karin Kreuder sind aktiv in der Initiative Greenalsenplatz.

lands« gilt. Doch die Stadtverwalter:innen arbeiten seit fast vier Jahren daran, diese Oase zu zerstören. Schon 2017 wurde der Deal zwischen der Stadt und der Haspa eingefädelt, das Grundstück an Hamburgs Bankinstitut zu verkaufen. Die Planungen liefen seitdem wohl auf Hochtouren.

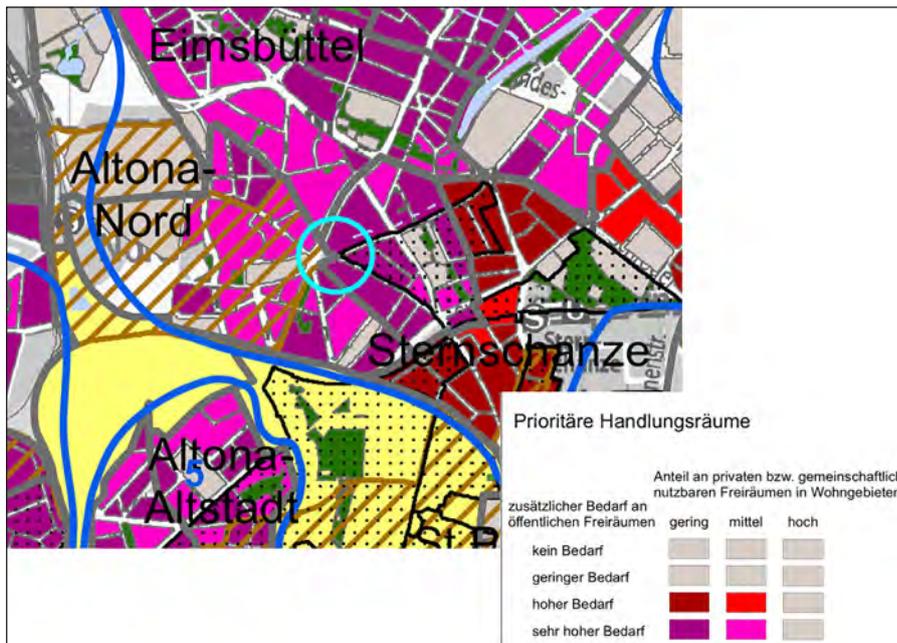
Kurz vor dem 26. September 2020 – dem Tag der ersten Infoveranstaltung auf dem Alsenplatz – erfuhren die Anwohner:innen per aufgestellten Tafeln erstmals davon, dass die Haspa auf dem Alsenplatz ein Azubi-Wohnheim errichten will: 142 Wohnungen zu erschwinglichen 229 Euro für Auszubildende. Der Haken: 85% der bis zu 70 Jahre alten Bäume müssten dafür abgeholzt werden. Dafür entsteht ein sechsstöckiger Betonklotz. Dass die Fassade begrünt werden soll, kann getötete Bäume kaum ersetzen.

Es heißt, dass an anderer Stelle dafür neue Bäume gepflanzt werden sollen. Bislang wurde dafür aber kein Ort genannt. Das lässt darauf schließen, dass dies in der Nähe zum Alsenplatz nicht möglich sein wird. Was nützen den Anwohner:innen neue Grünareale beispielsweise in Wedel, wenn sich Hamburg, auch durch die geplante Verdichtung am Alsenplatz, durch den Klimawandel, wie prognostiziert, immer weiter überhitzt?

Kein Anwohner, keine Anwohnerin des Alsenplatzes hat etwas gegen bezahlbaren Wohnraum! Der Mangel daran kann aber kein Freifahrtschein für die Vernichtung gewachsener Stadtnatur sein, zumal in einem laut Freiraumbedarfsanalyse bereits maximal verdichteten Wohngebiet. So hat sich die Initiative »Greenalsenplatz« gebildet, die sich für den Erhalt des grünen Alsenplatzes einsetzt, die »ihren« Platz im Interesse auch des Gemeinwohls neu und grün gestalten will.

Die Stadt hat dagegen den Alsenplatz kurzerhand von einer Straßenbegleitfläche zu einer Hochbaufläche umgewidmet. §31 BauGesetzBuch schreibt aber vor, dies ginge nur, »wenn die Abweichung städtebaulich vertretbar« sei. Damit werden frühere Pläne für den Alsenplatz einfach über den Haufen geworfen: »Weiterentwicklung als Grünfläche« oder »Freihaltung von Bebauung«. Die Umweltbehörde Altona argumentiert, der Platz hätte »keine Aufenthaltsqualität«.

Wir Anwohner:innen fragen uns, welche Behörden-Mitarbeiter:innen hier wohnen und die Situation aus täglicher Erfahrung beurteilen können. Warum schiebt der Senat seine selbst gesetzten Ziele im Koalitionsvertrag beiseite, nämlich diese: »Der langfristige Schutz und Erhalt der Straßenbäume und ganz besonders des Bestands an Altbäumen« und »Freiflächen für den Natur- und Artenschutz zu entwickeln und in Einklang mit den Erholungsmöglichkeiten aufzuwerten«. Welchen Sinn macht es, wenn im Haushalt 2021/22 an die sechs Millionen Euro für die Entwicklung eines Baumkonzepts investiert werden sollen, wenn am Alsenplatz über Jahrzehnte



Grafik: Initiative Greenalsenplatz

gewachsene Bäume mit großer, wertvoller Blätterkrone abgeholzt werden? Warum wird für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums nicht nach bereits versiegelten Flächen gesucht, wo keine Natur vernichtet werden muss? Und: Was ist mit den zahlreichen Filialen der Haspa, die geschlossen worden sind/werden? Könnten sie nicht für attraktiv zu gestaltenden Wohnraum für Auszubildende genutzt werden? Die günstige Miete für Azubis am Alsenplatz ist nach 30 Jahren nicht mehr bindend. Dann kann frei und zu hohen Preisen vermietet werden. Als Abschreibungsobjekt dient der Bau allemal.

Wir Alsenplatz-Anwohner:innen sind enttäuscht, dass alle Planungen hinter verschlossenen Türen geschehen sind, dass wir vor vollendete Tatsachen gestellt wurden und kaum noch Handlungsmöglichkeiten haben. Für unsere Bedenken zu den Auswirkungen des geplanten Baus werden wir dagegen belächelt. Wir wünschen uns einen echten Dialog mit den Planenden!

Wir sehen im »Alsenplatz-Wäldchen« ein enormes Potenzial. Wir wünschen uns den Erhalt der Bäume und Ausbau der Grünfläche. Wir möchten mit der Stadt gemeinsam die Möglichkeiten einer Klimaschutz-, Stadtgrün- und Artenvielfalt gerechten Gestaltung des Alsenplatzes ausloten. Ein Spielplatz, ein Wochenmarkt, Sitzmöglichkeiten sind vorstellbar unter dem grünen Blätterdach der Bäume, geschützt vor der steigenden Überhitzung der Städte. Wir brauchen diese kleinen Orte der Ruhe! Wir wünschen uns Politiker, die wirklich zukunftsorientiert, ökologisch und vor allem menschlich denken und die Nähe zu ihren Bürger:innen suchen, denen die Stadtnatur heilig ist, die verstehen, wie wichtig sie für die Gesellschaft ist.

- Petition:** www.openpetition.de/petition/online/der-alsenplatz-muss-unverbaut-und-gruen-bleiben
- Website:** www.greenalsenplatz.jimdosite.com
- Instagram:** www.instagram.com/green_alsenplatz

Moin Hamburg, so geht Stadt!

Foto: <https://schilleroper-ini.blogspot.com/>

Unser Dokument des Monats, der nachfolgende Aufruf, bringt gestochen scharf auch aus unserer Sicht zum Ausdruck, woran es in Hamburg in stadtentwicklungspolitischer Hinsicht mangelt und was nötig ist, die Fehlentwicklungen abzustellen. Über 150 Personen waren es, die den Aufruf schon am Tag der Veröffentlichung am 10. Juni unterschrieben hatten – eine beeindruckende Liste von Erstunterzeichner:innen aus allen gesellschaftlichen Bereichen und Bewegungen. Wir danken den Initiator:innen – den fünf Initiativen St. Pauli CODE jetzt!, Viva la Bernie, Knallt am Dollsten, Schiller-Oper und Sternbrücke – für die Erlaubnis, das Dokument hier vollständig und zusammen mit der Liste der Erstunterzeichner:innen aufnehmen zu können. Mehr Infos gibt es unter <http://www.sogehstadt.hamburg/>. Das Freie Sender-Kombinat (FSK) hat die Pressekonferenz zur Präsentation des Aufrufs am 10. Juni übrigens aufgenommen. Wen der 62minütige Audiomitschnitt interessiert, schaut bzw. hört hier: <https://www.freie-radios.net/109559>.

Seit mehr als einem Jahr lastet die Pandemie auch auf Hamburg. Hunderttausende mühen sich Tag für Tag, mit der schwierigen Situation klarzukommen. Business as usual ist unmöglich. Wirklich? Nicht ganz: Stadt und Investor:innen folgen im Schatten der Pandemie ihrem überholten Modell von Stadtentwicklung, in dem Projekte still und heimlich durchgedrückt und Renditen gesteigert werden. Wir sagen: Es reicht! Die Zeit ist gekommen, dieses Modell hinter sich zu lassen. Fünf Initiativen stellen anhand aktueller Konfliktfelder Leitlinien für eine solidarische Stadtentwicklung vor.

1. Jede Planung mit den Bewohner:innen beginnen

Ob es das »Paulihaus«-Projekt am Neuen Pferdemarkt ist, die Sanierung der Sternbrücke oder die Neubebauung des Holstenareals: Die Bewohner:innen wurden, wieder einmal, übergegangen. Stattdessen knallt man ihnen oft überdimensionierte Bauentwürfe vor die Füße, die angeblich alternativlos sind. Die passen aber nicht zu den Bedürfnissen der Menschen in den Quartieren, sondern höchstens zu Vorstellungen von Stadt und Investor:innen, die aus der Zeit gefallen sind. Wir wiederholen es gerne: Die Bewohner:innen sind die Expert:innen vor Ort. Wer hier eingreift und für die Zukunft etwas ändern möchte, holt ihren Rat, ihre Erfahrungen und ihre Expertise ein, bevor ein:e Investor:in eingeschaltet wird. So geht wahrhaft demokratische Stadtentwicklung. Die PlanBude hat bewiesen, dass dies möglich ist.

2. Erpressungen durch Investor:innen zurückweisen

Das Baukonsortium des »Paulihauses« holte sich eine Werbeagentur ins Boot, die der Stadt drohte, aus der Schanze nach Berlin zu ziehen. Zack, galt das ganze Bauprojekt als Wirtschaftsförderungsfall, dem die Stadt Millionen hinterherwirft, obwohl es sich um ein städtisches Grundstück handelt. Carlsberg, Eigentümerin der Holstenbrauerei, drohte, Hamburg zu verlassen, wenn sie das Brauereigelände in Altona-Nord nicht gewinnbringend verkaufen könnte. Zack, nahm die Stadt ihr Vorkaufsrecht nicht wahr und das Gelände wurde zum Wandpokal der Immobilienspekulation. Dabei wurden die Eigentumsanteile über Share Deals von einem Unternehmen zum nächsten weitergereicht, sodass die Stadt nicht einmal Grunderwerbsteuer einnahm. Schluss damit: Die Stadt verscherbelt ihre eigenen Grundstücke nicht mehr und nimmt konsequent

ihr Vorkaufsrecht wahr. Notfalls nutzt sie Instrumente wie Art. 15 GG oder das Baugesetzbuch, um Grund und Boden zu vergesellschaften, wenn anders eine sozialverträgliche Stadtentwicklung nicht zu gewährleisten ist. Damit gewinnt sie wichtige Handlungsfreiheit in der Stadtplanung und legt öffentliche Gelder sinnvoll an. Denn die Stadt gehört allen, die in ihr leben.

3. Die Abrissbirne im Schuppen lassen, Denkmäler erhalten

Ein Gebäude, ach was, ein ganzes Quartier stört? Weg damit. Das hat in der Abrissstadt Hamburg eine lange Tradition. Gegen die ist auch kein Denkmal gefeit. Zuletzt wurde der City-Hof, ein Denkmal aus der Nachkriegsmode, das das Bezirksamt Mitte beherbergte, runtergerissen. Jetzt droht der 130 Jahre alten Schiller-Oper der Abriss. Sie ist ein außergewöhnliches Gebäude: der letzte große Zirkusbau in Deutschland mit einer besonderen Stahlkonstruktion, die sie mit dem Eiffelturm gemeinsam hat. Nicht nur für St. Pauli wäre ihr Abriss ein dramatischer Verlust. Und warum droht der Abriss? Weil die Eigentümerin bislang von der Denkmalbehörde mit Samthandschuhen angefasst wurde. Sie ließ Fristen zur Denkmalsicherung entgegen eindeutigen Senatsbeschlüssen ungestraft verstreichen, in der Hoffnung, dass die historische Rotunde der Schiller-Oper irgendwann nicht mehr zu retten ist und durch einen Neubau ersetzt werden kann. Die Neubaupläne werden wie so oft geheim gehalten. Auch das muss ein Ende haben. Neben der Achtung von Denkmälern gibt es übrigens einen weiteren Grund gegen die Abrisswut: Gebäude abzutragen und anschließend neu zu bauen, produziert Schutt, Abfälle und Emissionen. Das ist keine gute Klimapolitik.

4. Keine neuen Bürogebäude mehr genehmigen

Das »Paulihaus«-Konsortium will am Neuen Pferdemarkt einen sechsgeschossigen Büroklötzchen bauen, 25 Meter hoch und 115 Meter lang. Echt jetzt? Gibt es einen Büromangel in der Hansestadt? Unsinn: Knapp 500.000 Quadratmeter Bürofläche stehen auch jetzt leer. Zwar heißt es, ein solcher Büroleerstand sei »normal«. Doch viele Firmen fangen an, das pandemiebedingte Home Office zum neuen Modell zu machen. Erste Firmen kündigen bereits Büroflächen. Schon bald werden die leerstehenden Büroquadratmeter nach oben schnellen. Mit denen kann man etwas Besseres machen: zum einen als Wohnraum umnutzen, zum anderen in geteilte Büroflächen für all die umwandeln, die fürs Home Office keinen Platz in der Wohnung haben. Konsequenterweise über das Stadtgebiet verteilt, können die Wege zur Arbeit viel kürzer werden, was wiederum den Verkehr reduziert – und bei der dringend nötigen Mobilitätswende hilft.

5. Bezahlbare Wohnungen für alle statt Luxusapartments bauen

Auch hier ist der Immobilienpoker ums Holstenareal erhellend: Lokale Wohnungsunternehmen boten 50 Millionen, Carlsberg verkaufte hingegen für 153 Millionen, und beim letzten Eigentümerwechsel flossen bereits 320 Millionen. Bedeutet: Soll



Foto: Michael Joho

das Geld wieder reinkommen, kosten die auf dem Areal errichteten Wohnungen locker 20 Euro pro Quadratmeter kalt. Wer soll das bezahlen? Die Hälfte der Hamburger Haushalte ist so knapp bei Kasse, dass sie Anspruch auf eine Sozialwohnung hätten. Das sind die Menschen, für die jetzt gebaut werden muss. Modelle, wie günstige Wohnungen entstehen können, gibt es längst. Die Stadt muss sie sich nur noch zu eigen machen und konsequent anwenden. Dann muss die Miete für Hunderttausende nicht mehr eine existenzielle Belastung sein.

6. Der Autostadt Hamburg Tschüss sagen

Die Sternbrücke, eine Eisenbahnbrücke in Altona-Nord, ist betagt. Betagt heißt aber nicht: Alteisen. Stadt und Bahn wollen sie jedoch abreißen und durch eine Monsterbrücke ersetzen. Für diesen Unsinn ist Hamburg bereit, 60 Mio. Euro zusätzlich einzusetzen. Würde die Brücke nicht verbreitert, dann müsste die Bahn die Kosten alleine tragen. Hamburg könnte 60 Mio. Euro sicher sinnvoller einsetzen. Tatsächlich soll die Stresemannstraße als die Ost-West-Achse der alten Autostadt Hamburg unter der neuen Brücke noch breiter werden. Das ist nun wirklich aus der Zeit gefallen. Abriss und Neubau der Brücke

MOIN HAMBURG,
SO GEHT STADT!



„Das Papier bringt einige der vielen Stadtentwicklungsprobleme richtig gut auf den Punkt. Die Stadt darf nicht weiter Beute des Immobilienmarktes werden. Ich wünsche mir daher **KEINE PROFITE MIT BODEN & MIETE in ganz Hamburg!**“

Marc Meyer,
Rechtsanwalt Mieter helfen Mietern
Erstunterzeichner:in des 7-Punkte Papiers

#sogehtstadt #stadtvonunten

www.sogehstadt.hamburg

sind auch nicht alternativlos: Die Sternbrücke ließe sich sanieren, wenn der Wille da wäre. Denn natürlich soll der Bahnverkehr weiter fließen, denn der ist ein wichtiger Bestandteil einer klimafreundlichen Mobilität. Nebenbei bemerkt, einer neuen Sternbrücke würden auch eine ganze Reihe von Wohnhäusern weichen.

7. Quartiere mit Vielfalt und guter Nachbarschaft erhalten

Vor vier Jahren wurde Viva la Bernie, der Hinterhof in der Bernstorffstraße 117, Zuhause und Arbeitsplatz von 110 Menschen, von zwei Berliner Investoren gekauft. Die seit über 30 Jahren bestehende Gemeinschaft aus Handwerker:innen, Künstler:innen und Bewohner:innen war zuerst schockiert, mobilisierte sehr schnell Öffentlichkeit und dann Kapital und bot den Investoren an, den Hof für sieben Millionen Euro zurückzukaufen. Die Investoren lehnten ab, sind jedoch in Verhandlungen gegangen. Die Stadt ist einem solch mitleidlosen Immobilienpoker aber nicht hilflos ausgeliefert. Zusätzlich zum Vorkaufsrecht kann sie Bebauungspläne so passgenau erstellen, dass bestehende Quartiere in ihrer Vielfalt und Eigenart geschützt werden. Die Stadt sollte den Investor:innen nicht den roten Teppich ausrollen und jeden Bauantrag, jede Bauvoranfrage und jeden Antrag zur Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen rechtzeitig öffentlich machen. Auch die intransparente Hinterzimmer-Baupolitik muss endlich ein Ende haben. Durch die Ausrichtung auf eine wahrhaft gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung werden Nachbarschaften und der soziale Zusammenhalt gefördert – was auch die Stadt nach eigenem Bekunden schätzt. Also los! Überlass die Quartiere nicht dem Immobilienmarkt, Hamburg, sondern erhalte und fördere sie.

Für uns, die Unterzeichnenden, sind diese Punkte fast schon Binsenweisheiten. Auch kluge Wissenschaftler:innen und Stadtentwickler:innen predigen sie seit Jahren. Und sie betreffen nicht nur Altona oder St. Pauli. Das sind nur zwei Stadtteile, in denen sich die Probleme derzeit ballen. Nein, sie gelten genauso für Eidelstedt oder Rothenburgsort, für Langenhorn, die Veddel, Harburg oder für Wilhelmsburg. Hör auf die geballte Expertise, Hamburg! Erfinde dich neu. Schaffen wir gemeinsam die Stadt für alle, von allen und mit allen.

Wir nennen hier ausgewählte Erstunterzeichner:innen und verweisen auf die Website der Initiative: www.sogehstadt.hamburg. Die darin enthaltene Liste (mit bereits über 600 Unterschriften am 15. Juni 2021) kann gerne durch die eigene Unterschrift ergänzt werden!

Rolf Becker, Schauspieler; Prof. Dr. em. **Dorothee Bittscheidt**, ehem. Präsidentin der HWP; **Andreas Blechschmidt**, Autor und Aktivist; Dr. phil. **Simone Borgstede**, Soziologin, Historikerin; **Peter Bremme**, Gewerkschaftssekretär ver.di; **Theo Bruns**, Verlag Assoziation A; **Ted Gaier**, Musiker, Theaterschaffender; **Oke Göttlich**, Präsident des FC St. Pauli; **Peter Lohmeyer**, Schauspieler; **Marc Meyer**, Rechtsanwalt, Mieter helfen Mietern; **Jacques Palminger**, Musiker; **Nina Petri**, Schauspielerin; **Christoph Schäfer**, Künstler; **Rocko Schamoni**, Künstler; Dr. **Jörg Schilling**, Architekturhistoriker; **Barbara Schmidt-Rohr**, Choreografin, Dramaturgin im Vorstand des DfdK; Dr. **Lisa Vollmer**, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Urbanistik, Bauhaus-Universität Weimar; Prof. Dr. **Sabine Stövesand**, Professorin für Soziale Arbeit an der HAW Hamburg; **Heinz Strunk**, Schriftsteller; **Heike Sudmann**, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft; Prof. Dr. **Gesa Ziemer Direktorin**, City Science Lab, HafenCity Universität

MOIN HAMBURG,
SO GEHT STADT!



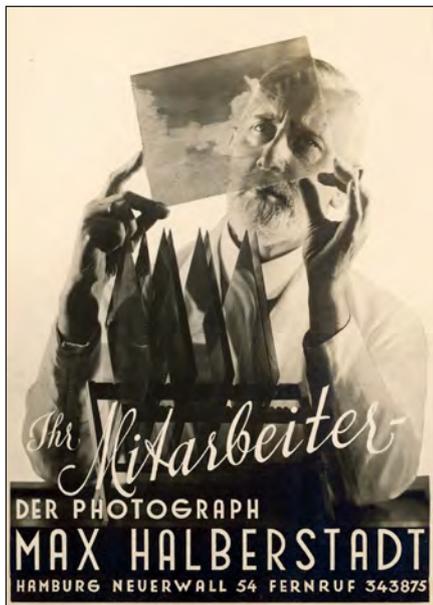
„Das Problem heißt **Gentrifizierung**. Bezahlbarer Raum wird knapp, Menschen werden verdrängt, geräumt haben keinerlei Mitsprache. Das kann so nicht weiter gehen! Alle 7 Punkte sind wichtig und brauchen nicht nur Gehör und Aufmerksamkeit, sondern es muss auch **JETZT** endlich dementsprechend gehandelt werden!“

Finna, Musikerin
Erstunterzeichner:in des 7-Punkte Papiers

#sogehtstadt #stadtvonunten

www.sogehstadt.hamburg

Kulturipp: Der Fotograf Max Halberstadt



links: Werbeblatt des Fotografen, um 1925, Sammlung Weinke, rechts: Max Halberstadt, Auf dem Altonaer Fischmarkt, undatiert, Sammlung Rosenthal, USA (<https://shmh.de/de/max-halberstadt>)

Es ist ein Glück für die Stadt Hamburg, dass es Schatzgräber wie Wilfried Weinke gibt. Ihm ist die Ausstellung »Der Fotograf Max Halberstadt ... eine künstlerisch begabte Persönlichkeit« zu verdanken, die seit dem 7. Mai im Museum für Hamburgische Geschichte (MHG) am Holstenwall 24 zu besichtigen ist. Max Halberstadt wurde 1882 als Sohn jüdischer Eltern in Hamburg geboren, wuchs in Wandsbek auf und machte sich nach seiner Ausbildung einen Namen als Porträt- und Kinderfotograf. In den 1920er Jahren wurde er zu einem der gefragtesten Fotografen in Hamburg überhaupt. Fachzeitschriften brachten seine Aufnahmen, auch in Tageszeitungen war er präsent. Und er schuf sich Freunde im gut situierten Bürgertum. Sigmund Freud in Wien wurde einer seiner Auftraggeber, sicher nicht nur, weil Halberstadt dessen Tochter Sophie 1913 heiratete. Nach ihrem frühen Tod ging Halberstadt 1923 seine zweite Ehe ein, mit Bertha Katzenstein. In diesen Jahren liefen die Geschäfte gut, Halberstadt wurde auch zum bevorzugten Fotografen für die Großunternehmen Dralle, Reemtsma und Darboven. Nach 1933 brachen diese Aufträge weg, »das Hamburger Bürgertum ließ seine Kinder nicht mehr von einem Juden porträtieren«, kommentierte Hauke Friedrichs in »ZEIT online« vom 25. Mai. Schließlich verließ die Familie Halberstadt 1938 die Heimat und ging ins Exil nach Südafrika. Schon 1940 starb Max Halberstadt 58jährig in Johannesburg an den Folgen der zunehmenden Ausgrenzung und der Anstrengungen während der Flucht.

Der Kurator Wilfried Weinke ist Literaturwissenschaftler und Publizist. Im Sommer 2021 erscheint das von ihm bei VSA: herausgegebene Buch über den langjährigen Kurator am Museum für Hamburgische Geschichte, »Verständigung und Toleranz. Das Engagement von Ulrich Bauche für eine aufklärende Erinnerungskultur«.

Er hat über Jahre nach Werken des bedeutenden Fotografen Ausschau gehalten. 1999 hatte Halberstadts Tochter Eva Spangenthal Kontakt mit dem Historiker aufgenommen. Seitdem forscht er zu diesem Fotografen und musste feststellen, dass in Hamburg selbst nur wenige Aufnahmen erhalten sind, ja, dass der Fotograf weithin in Vergessenheit geraten ist. In einem Interview für das MHG fragte Matthias Seeberg den Kenner der jüdischen Geschichte Hamburgs nach den Ursachen. Weinke: »In Vergessenheit geraten« klingt so harmlos. Gewiss, Dinge, aber auch Menschen geraten in Vergessenheit. Die Nationalsozialisten wollten Menschen, die Erinnerung an sie und ihre Namen auslöschen. Nach 1945 trugen aber auch Fotohistoriker ihren Anteil dazu bei, dass bestimmte Namen, insbesondere von Fotografen, jüdischer Herkunft, in Vergessenheit gerieten. Ein aktiver Prozess, der sich leider bis in unsere Gegenwart fortsetzt.« (<https://shmh.de/de/hamburgwissen/juedische-geschichte/weinke-interview>).

Mehr Infos zur Ausstellung, die bis zum 3. Januar 2022 – derzeit noch mit erforderlicher Terminbuchung – zu besichtigen ist: <https://shmh.de/de/max-halberstadt>.

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg